Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt b. Lieferung durch Boten frei Haus für die Woche v. 15.—21. Oktbr. 270 Mill. Mk. freibleibend. Einzelverkaufspreis 45 Mill. Mk.
Redaktion: Johannisstraße 46.
Fernruf 905 nur Redaktion. 926 nur Geschäftsstelle.

Anzeigengebühr für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 78 Mill. Mark, auswärtige Grundpreis 150 Mk. mal Schlüsselzahl b. D.Z.V., Versamml.-, Arbeits- u. Wohnungsanzeig. 70 Mill. Mk., Reklamen 312 Mill. Mk.
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.
Fernruf 926 nur Geschäftsstell 905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 242. Dienstag, 16. Oktober 1923. 30. Jahrgang.

Notwendigkeiten!

Dr. L. Lübeck, 16. Oktober.

Vor drei Wochen wurde Deutschland plötzlich von dem Ausnahmezustand überrascht. Zwei Tage vorher hatte schon Bayern zu diesem Regierungsmittel, mit dem „jeder Esel" regieren kann, seine Zuflucht genommen.

Da im ganzen Reichsgebiet Ruhe herrschte, wußte zunächst niemand so recht, was eigentlich der Grund für diesen Belagerungszustand über ganz Deutschland war. Man konnte nur vermuten, daß die Reichsregierung dadurch den bayrischen Ausnahmezustand wirkungslos machen wollte. Diese Vermutung wurde durch allerlei Auslassungen bestätigt.

Um die gefährlichen Wirkungen des bayrischen Ausnahmezustandes aufzuheben, wurde also dem ganzen Reich der Ausnahmezustand beschert. Militärbefehlshabern unter der Oberleitung Geßlers wurde die gesamte vollziehende Gewalt übertragen; um den sanften Schein zu wahren, hängte man jedem dieser kriegerischen Herren das Feigenblatt eines Zivilkommissars vor.

Wir haben diesen Zustand vom ersten Tage an für einen Mißgriff gehalten. Wenn wir die ganze Zeit über geschwiegen haben, so hatte das Gründe außerredaktioneller Art. Die Entwicklung hat uns Recht gegeben! Denn bei näherem Zusehen ist der ganze Zustand absolut lächerlich.

Denn überall wird — ohne jeden Grund — mit dem Belagerungszustand regiert, nur in Bayern nicht. Das Land, dem die Maßnahme von Anfang an allein galt, kümmert sich überhaupt nicht um die Befehlsgewalt Geßlers und seines Vertreters. Und das Reich? Es hat bisher nicht genügend Entschlossenheit aufgebracht, den bayrischen Herrschaften den Daumen aufs Auge zu drücken. Trotz energischen Drängens der sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder war Stresemanns Regierung nicht dazu zu bewegen, die Machtmittel der Notverordnung gegen München anzuwenden. Bayern triumphiert! Und die Verkündigung des Ausnahmezustandes war nur ein lächerlicher Schlag ins Wasser.

Allerdings außerhalb Bayerns wenden die Generale ihre Machtmittel mit militärischem Schneid an. Ueberall werden kommunistische Blätter verboten! Sachsen fühlt den schweren Arm der uniformierten Herren in allen möglichen Dingen. Die proletarischen Hundertschaften werden verboten und ebenso die Aktionsausschüsse. In Bayern aber darf das Hakenkreuz nach wie vor Waffen aller Art spazieren tragen.

Hier und da hatte sich die Hoffnung geregt, daß der Ausnahmezustand den Landwirten Scheunen und Keller öffnen werde. Hat jemand davon etwas gehört? Nichts! Dafür kommt man den Herren Agrariern mit allerlei Liebesgaben entgegen. Unser Oberkommandierender, der General v. Tschischwitz, hat für Mecklenburg-Strelitz einen merkwürdigen „Befehl" erlassen. Streikverbot für die Landarbeiter! Jeder Arbeiter, der nicht durch Krankheit entschuldigt ist, hat zur Arbeit zu erscheinen! Sonst Gefängnisstrafe!

(Allerdings wird sich Herr von Tschischwitz damit entschuldigen, daß die „nationale" Strelitzer Regierung diesen Befehl gefordert habe. Und die Landarbeiter von Mecklenburg-Strelitz können über ihren „Erfolg" bei der letzten Wahl nachdenken, die ihnen den Anfang der berühmten „Arbeiter und Bauernregierung" gebracht hat. Die Kommunisten wühlten und brüllten; und die Agrarier erbten; die Arbeiter aber können jetzt den Buckel hinhalten.)

Aehnliche Regierungsakte der Herren vom Säbel könnten dutzendweise aufgezählt werden. Sie entbehren jeden inneren Sinnes; von Anfang bis Ende ist der ganze Zustand lächerlich. Besonders Bayern lacht — und tut was es mag.

Deshalb: Weg mit dem Ausnahmezustand! Die Regierung hat weitgehende Vollmachten durch das Ermächtigungsgesetz. Sie braucht die Hilfe der Generale nicht mehr. Und das bißchen Kommunistenschreck ist längst verflogen. Die armen Kerle sind froh, daß sie das Leben haben. An Revolution denken sie nicht mehr.

Berufene Männer sollen das Land regieren! Nicht Geßler und seine Generale! Weg mit dem Belagerungszustand!

Bayern bringen die Herren doch nicht zur Raison. Dazu sind viel zu viele innere Wahlverwandtschaften vorhanden!

*

Nun ist das vielberedete neue Geld da. Schon in den nächsten Tagen werden die neuen Scheine in den Händen der Kapitalisten knistern. Vielleicht werden sich sogar einige Klingelpfennige in Arbeiterhände verirren. Wird das an unserer wirtschaftlichen Lage vieles ändern? So manchen Optimisten haben wir in den letzten Wochen von dem Allheilmittel des „wertbeständigen Geldes" reden hören.

Man sei sich doch klar darüber, daß die Wertbeständigkeit des Geldes, d. h. die Stabilität des Geldkurses keine Sache von Gesetzen und Verordnungen ist, sondern eine Folgeerscheinung der Wirtschaft selbst. Eine gesunde Wirtschaft hat gesundes Geld. Und in einer zerrütteten Wirtschaft wird sich das Geldwesen niemals ordnen lassen.

Es ist erste und wichtigste Voraussetzung für jede geordnete Volkswirtschaft, daß der Verbrauch des Volkes und des Staates durch den Ertrag der Arbeit gedeckt wird. Sonst muß die irrsinnige Inflationswirtschaft immer wieder alle wirtschaftlichen Gleichungen in Unordnung bringen. Mit anderen Worten: Die Schieber- und Wucherprofite, die vielfachen Zwischenhandelsgewinne an allen Waren müssen rücksichtlos beseitigt werden; denn diese Gewinne entziehen der Wirtschaft Riesenwerte ohne jede produktive Gegenleistung. Und dazu kommt, daß gerade diese Profite den ungeheuerlichen Luxus in ausländischen Waren ermöglichen, anstatt Rohprodukte und Lebensmittel aus dem Auslande heranzuziehen. Von Anfang an hat der Staat die Notwendigkeit der Ausrottung des Schiebergesindels nicht genügend erkannt. Wird auch in Zukunft in diesem Punkte nicht Abhilfe geschaffen, bleibt auch in Zukunft die Tatsache bestehen, daß kaum mehr die Hälfte des deutschen Volkes produktiv arbeitet, und die andere Hälfte „mitlebt", und besser mitlebt, so wird auch das neue Geld im Sumpf der Zerrüttung verkommen. Und alles Gerede von der notwendigen Mehrarbeit bleibt dann nur törichtes Geschwätz.

Dazu kommt eine zweite Notwendigkeit: der Staat muß seine Ausgaben auch aus den Erträgen der Wirtschaft bestreiten. Das heißt, er muß in seine Finanzen Ordnung bringen; Ausgaben und Einnahmen ausgleichen. Das setzt allerdings ganz grundsätzliche Reformen in unserem Steuerwesen voraus, und auch Reformen im gesamten Staatsleben. Wir werden in den nächsten Tagen ausführlicher Stellung zu diesem Punkte nehmen.

Auf eins wollen wir jedoch heute schon hinweisen. Steuern dürfen Profit und Ertrag belasten; niemals aber die Produktion selbst. Die Aufhebung der Kohlensteuer war deshalb eine Notwendigkeit. Und die Lohnsummensteuer muß in kürzester Zeit folgen; Produktion und Arbeit müssen frei sein! Profit und Ertrag können beschnitten werden. Selbst die Substanz kann vorübergehend angegriffen werden. Aber die Produktion selbst darf unter keinen Umständen mit Hemmungen belastet sein.

Wie soll die deutsche Wirtschaft in Gang kommen, wenn jeder zweite Arbeiter überhaupt nicht oder verkürzt arbeitet? Wo sollen die Werte herkommen? Und wo die Kaufkraft?

Die nächsten Wochen werden auch auf diesem Gebiete die Reichsregierung vor ungeheure Notwendigkeiten stellen!

Die neue Mark.

Rentenmark neben Papiermark. / Stillegung der Notenpresse.

Amtliche Ankündigung.

Berlin, 15. Oktober. Amtlich.

Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes hat die Reichsregierung die Errichtung einer Deutschen Rentenbank beschlossen. **Die Papiermark bleibt das gesetzliche Zahlungsmittel.**

Neben der Papiermark ist in der von der Deutschen Rentenbank auszugebenden

Rentenmark

ein wertbeständiges Umlaufsmittel geschaffen, das von allen öffentlichen Kassen in Zahlung genommen werden wird. Die Rentenmark ist gesichert durch auf Goldmark lautende erststellige Grundschulden auf den gesamen deutschen Grundbesitz und erstrangige Goldobligationen der Industrie, des Handels und der Banken. Sie ist jederzeit einlösbar gegen verzinsliche Goldrentenbriefe. Es darf mit Sicherheit erwartet werden, daß dieses neue Zahlungsmittel, das nach seiner Eigenart das Höchstmaß an Sicherheit bietet, im Verkehr mit uneingeschränktem Vertrauen aufgenommen wird.

Die Deutsche Rentenbank wird von Vertretern der Landwirtschaft, der Industrie, des Gewerbes, des Handels und der Banken errichtet werden. Die Mitglieder des Verwaltungsrates sind aus führenden Kreisen der gesamten deutschen Wirtschaft bereits gewählt. Der Auftrag zur Anfertigung der Rentenbankscheine, die die Unterschrift dieser Persönlichkeiten tragen werden, ist erteilt worden.

Die Deutsche Rentenbank wird dem Reich Zahlungsmittel im Betrage von

1,2 Milliarden Rentenmark

zur Verfügung stellen. — Gleichzeitig mit der Ausgabe der Rentenmark wird die Reichsbank die Diskontierung von Schatzanweisungen des Reiches einstellen. Dadurch wird

die Inflationsquelle der Papiermark geschlossen

und für die Reichsbank die Bahn zur Wiedergewinnung ihrer Eigenschaft als einer wahren Goldnotenbank freigemacht.

Die Rentenmark wird in einigen Wochen im Verkehr erscheinen. Um baldmöglichst viele **wertbeständige Zahlungsmittel** in den Verkehr zu bringen, hat die Reichsregierung **außerdem die Ausgabe von kleinen Stücken der Goldanleihe** (1, 2 und 5 Dollar) bis zum Betrage von 200 Millionen Goldmark beschlossen. Damit nicht auf die Dauer zu viele verschiedene Zahlungsmittel im Verkehr bleiben, ist das Reich bereit, im Laufe des Januar des nächsten Jahres die kleinen Goldanleihescheine auf Wunsch in Rentenmark umzutauschen. Wer die Goldanleihe als Anlagepapier behalten will, wird hieran selbstverständlich nicht gehindert werden.

Diese von der Reichsregierung heute beschlossenen Maßnahmen sind eine

Zwischenstufe zur endgültigen Lösung

der Währungsfrage, die nur in **der Rückkehr zur Goldwährung** bestehen kann. Voraussetzung jeder endgültigen Regelung unserer Verhältnisse ist neben der Klärung der außenpolitischen Lage die Wiederherstellung der finanziellen und wirtschaftlichen Ordnung im Inneren. Dafür soll das Ermächtigungsgesetz und das Arbeitszeitgesetz den Grund legen. Auf dem Boden des Ermächtigungsgesetzes ist bereits

die Umstellung der Steuern auf Goldrechnung

erfolgt, ist die Demobilmachungsverordnung geändert zwecks Befreiung der deutschen Wirtschaftskraft von Hemmungen und sind die Grundzüge für

durchgreifende Einschränkung der Ausgaben

geschaffen. Auf dieser Bahn wird die Reichsregierung **fortschreiten.**

*

Anfang November Ausgabe der neuen Rentenmark.

Berlin, 16. Oktober.

Die neuen Rentenmarkscheine sollen in Höhe von 1, 2, 3, 5, 10 50, 100 und 1000 Rentenmark ausgegeben werden. Mit dem Druck ist bereits begonnen worden. Die kleinen Stücke in Pfennigen, bestehend aus einer Mischung von Aluminium und Messing, werden als Scheidemünzen bereits ausgeprägt, sodaß das neue Geld in der ersten oder zweiten Novemberwoche in Umlauf gebracht werden kann. Die neue Rentenbank wird als Leiter einen Präsidenten haben, der bis zur Stunde noch nicht ernannt ist. Der Verwaltungsrat, der aus 14 Mitgliedern besteht, setzt sich folgendermaßen zusammen: Aus Vertretern der Landwirtschaft Röficke, Dietrich, Heine, Crone, Hilger, Gemmes und Brandes; Industrie: Sorge, von Siemens und Bücher; Große Banken: Urbig, Wassermann und des Groß- und Kleinhandels. Aus diesem Verwaltungsrat soll ein Aufsichtsrat aus 36 Mitgliedern eingesetzt werden. Die Errichtung der Rentenbank selbst soll noch diese Woche erfolgen. Als Gründer gilt der aus 36 Mitgliedern bestehende Aufsichtsrat, dem leitende Persönlichkeiten aus allen Kreisen der Wirtschaft, mit Ausnahme des Handwerks, angehören. Die Vertreter des Handwerks hatten keine Neigung, sich anzuschließen. Die Deckung besteht in einer hypothekarischen Eintragung auf das gesamte Besitztum. Als Grundlage wird der Betrag von 3,2 Milliarden angenommen. Man schätzt den landwirtschaftlichen Grundbesitz auf 40 Milliarden Goldmark. Die Hypothek wird in Höhe von 4 Prozent des Friedenswertes eingetragen. Das sind 1,6 Milliarden Goldmark. Den gleichen Betrag schätzt man für die Industrie. Eine Einschätzung des städtischen Grundbesitzes ist noch nicht erfolgt. Später, wenn er herangezogen werden kann, wird das Kapital der Rentenbank entsprechend erhöht.

Dollarkurs und Lebensmittelpreise.

SPD. Berlin, 15. Oktober.

Seit Mitte voriger Woche übt die Reichsregierung einen scharfen Druck auf die Kurse der ausländischen Zahlungsmittel aus. Sie benutzt dabei vor allem die Devisen, die ihr aus der Devisenabgabe auf Grund der Verfügung vom 25. August zur Verfügung stehen. Man schätzt den eingekommenen Betrag bis jetzt auf über 100 Millionen Goldmark. Da die Abgaben von Devisen auch in Zukunft erfolgen, ist die Möglichkeit vorhanden, **die Kurse so lange in erträglicher Höhe zu halten, bis das Geld der neuen Währungsbank den Devisenmarkt entlastet.**

Da sich der Handel bei der Preisfestsetzung in der Hauptsache nach den anziehenden Devisenkursen richtet und seine Preise nach ihnen steigert, wäre es nur konsequent, wenn er die Preise gemäß dem abgeschwächten Devisenkurse herabsetzen würde. Daran denkt aber niemand. Nur auf der Produktenbörse trat bis jetzt eine Preisermäßigung ein, weil sie die in Dollar und Goldanleihen berechneten Preise unverändert ließ, sodaß diese in Papiermark umgerechnet eine nicht unbeträchtliche Reduzierung erfuhr. Dagegen war das Angebot der Agrarier äußerst gering und der Umsatz unbedeutend, weil allgemein Zurückhaltung geübt und auf die Bestimmungen der kommenden Währungsreform gewartet wird. Im Gegensatz zur Börse hat der Kleinhandel wieder einmal versucht, die alten Dollarhöchstpreise zu behaupten. In vielen Fällen ist sogar eine ganz enorme Preissteigerung eingetreten. **Fleisch- und Fettprodukte haben sich z. B. in der Zeit von Sonnabend auf Montag um 75 Prozent verteuert.** Vielfach beruft sich der Handel auf die seit Sonnabend eingetretene Erhöhung der Eisenbahnfrachten. Wenn diese aber auch eine Verfünffachung der bisherigen Preise bedeutet, erklären sie doch immer nicht die vom Handel vorgenommene Erhöhung von 150 bis 200 Millionen Mark für ½ Kilogramm gewisser Waren. Die Wucherpolizei ist verschiedentlich gegen den Mißbrauch eingeschritten. Wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt

Dollar 3,7 Milliarden.

sind, fehlt es den Wucheramtern aber an der benötigten Zahl der Exekutivbeamten, um die festgesetzten Preise überall nachzurüfen.

Das schamlose Verhalten des Handels hat natürlich die Erregung überall gesteigert. Als Auswirkungen sind die z. T. blutig verlaufenen Unruhen in den verschiedensten Teilen des Reiches zu betrachten. So in Düsseldorf, Gelsenkirchen, Frankfurt, Braunsberg i. Ostpr., Neustadt a. Hardt und in Oberschlesien. In Leipzig, Berlin und Gelsenkirchen versuchten Erwerbslose, Bäckerläden zu plündern. Wenn nicht bald eine Aenderung in der Preisfestsetzung eintritt, ist mit weiteren Unruhen zu rechnen. Die Regierung hat die Pflicht, frühzeitig einzugreifen und weiteres Blutvergießen zu verhindern. Der Reichstag hat ihr insbesondere auch deshalb die Ermächtigung zu durchgreifenden Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiete gegeben. Es ist nur in der Ordnung, wenn die erteilten Machtbefugnisse nunmehr gegen das Händlertum angewendet werden, das scheinbar immer erst durch Schaden klug zu werden scheint.

Brotverbilligung.

Die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften verhandelten am Montag mit der Regierung über die Einzelheiten der Maßnahmen, die eine Verbilligung des Brotes für besonders bedürftige Kreise herbeiführen sollen. Die bis jetzt gültige Brotmarke bleibt nur für gewisse Teile des besetzten Gebietes bestehen. **In allen anderen Orten soll für die Sozial- und Kleinrentner ein Zuschuß zur Verbilligung des Brotes gewährt werden.** Dieser Zuschuß wird von den Gemeinden gezahlt und macht ungefähr 40 Prozent der Preissteigerung für das Brot aus. Kriegsbeschädigten und Erwerbslosen soll dieser Zuschuß dadurch zugeführt werden, daß bei der Festsetzung des Index die Brotverteuerung besonders berücksichtigt wird. Außerdem erfolgt für die Erwerbslosen eine Erhöhung der Grundbeträge. Besonders kinderreiche Familien sollen bei den Zuschüssen ebenfalls durch die Gemeinde berücksichtigt werden. Diese Zuschüsse können vom vierten Kinde an gewährt werden, wenn der Hausvater noch lebt. Ist die Familie verwaist, dann kommt der Zuschuß schon bei dem dritten Kinde zur Auszahlung.

Hochspannung im Ruhrgebiet.

SPD. Gelsenkirchen, 15. Okt. (Eig. Drahtb.)

Im Ruhrgebiet herrscht überall drückende Gewitterschwüle. Die Preise für die notwendigen Lebensmittel sind gerade hier aufs Unerschwingliche gestiegen, weil die Waren bei der geringen Leistungsfähigkeit der französisch-belgischen Regie auf Kraftwagen heranbefördert werden müssen. Augenblicklich ist man vereinzelt damit beschäftigt, die auseinandergerissenen Eisenbahn- und Anschlußgleise wieder in Ordnung zu bringen. Es wird aber auch nach der allgemein erwarteten Arbeitsaufnahme der Eisenbahner am 17. Oktober noch gute Weile haben, bis namentlich der Güterverkehr eine nennenswerte Steigerung erfährt. Aus demselben Grunde klagen die wieder in Betrieb gesetzten Zechen über Absatzmangel und legen ebenso wie die Metall- und Eisenhüttenindustrie Feierschichten ein. Trotzdem kämpfen die „Deutsche Bergwerkszeitung" und die „Rheinisch-Westfälische Zeitung", sowie die ihnen geistesverwandten Blätter in jeder Nummer mit Leidenschaft für die **Beseitigung des Achtstundenteges bezw. der Siebenstundenschicht im Bergbau.** Erscheint der Absatzmangel dem Arbeiter plausibel, so kann er doch nicht verstehen, daß in dieser Zeit Feierschichten eingelegt werden, weil es angeblich den Werken an Geld fehle, um volle Wochenlöhne zahlen zu können. Dabei haben vielfach die Arbeiter am vergangenen Sonnabend nur 1—1½ Milliarden als Abschlagszahlungen bekommen. Was diese geringe Summe bei einem Preise von 3½ Milliarden für den Zentner Kartoffeln und 800 Millionen für das Pfund Margarine bedeutet, kann sich jeder ausmalen. Die Entbehrungen der Arbeiter, zu denen noch die größer werdende Zahl von Erwerbslosen aus der Kleinindustrie, dem Handel und dem Handwerk hinzukommt, ist ungeheuer, und hat bedauerlicherweise — aber verständlicherweise — schon zu **Plünderungen von Kartoffelfeldern,** namentlich in der Gegend von Bochum geführt. Wenn am morgigen Abschlagstage keine größeren Summen ausgezahlt werden, dann ist das Schlimmste zu befürchten. Zudem hat noch eine kühlere Witterung eingesetzt, die den Aufenthalt in ungeheizten Räumen unmöglich macht. **Die Kohlenkeller sind aber leer,** obwohl man auf der Kohle sitzt. Das Schürfen flachliegender Kohle ist von der Besatzung untersagt; jedes Quantum, und sei es im Rucksack oder Karion untergebracht, wird bei Entdeckung unbarmherzig beschlagnahmt. Wer strafbar ausgeht, hat dabei noch Glück. Von der Besatzung erhofft, nach der allgemeinen Stimmung zu schließen, niemand Hilfe; wohl schaut man aber nach Berlin und harrt der Auswirkungen des Ermächtigungsgesetzes. Enttäuschungen hierüber wären für die Arbeiterschaft, ob freigewerkschaftlich oder christlich organisiert, kaum zu ertragen.

Roßbach fährt spazieren.

SPD. Dresden, 15. Oktober. (Eig. Drahtber.)

Anläßlich der Enthaftung Roßbachs wird amtlich folgendes mitgeteilt: Am vergangenen Sonnabend nachmittag kurz vor 3 Uhr erfuhr die sächsische Regierung, daß der Bandenführer Roßbach vom Staatsgerichtshof aus der Haft entlassen werden soll, weil Verdunkelungsgefahr nicht mehr vorliegt. Darauf hat die sächsische Regierung der Polizei in Leipzig fernmündlich den Befehl erteilt, Roßbach vorläufig festzunehmen. Gleichzeitig hat die sächsische Regierung bei dem Wehrkreiskommando IV den Antrag gestellt, Roßbach auf Grund des § 1 des Gesetzes vom 4. Dezember 1916 in Schutzhaft zu nehmen. Der Antrag wurde damit begründet, daß „die weitere Festhaltung Roßbachs zur Abwendung einer Gefahr für die Sicherheit des Reiches erforderlich" sei, das ergebe der bekannte Sachverhalt ohne weiteres. Gleichzeitig wurde dem Wehrkreiskommando mitgeteilt, daß die sächsische Regierung der Polizei in Leipzig den Befehl erteilt habe, Roßbach vorläufig festzunehmen. Als jedoch die Leipziger Polizei den Befehl ausführen wollte, war Roßbach bereits aus der Haft entlassen. Sein Aufenthalt war nicht bekannt. Die Polizei hat sich bemüht, seiner habhaft zu werden, hat ihn aber bisher nicht ermitteln können.

Vom Wehrkreiskommando wurde durch Schreiben vom 14. Oktober mitgeteilt, daß im Einvernehmen mit dem Reichswehrminister die Schutzhaft über Roßbach verhängt worden ist.

*

Das Reichswehrministerium bestätigt, daß auf Antrag der sächsischen Regierung im Einverständnis mit dem Reichswehrministerium die Schutzhaft über Roßbach verhängt worden ist. Allerdings konnte der vom Staatsgerichtshof aus der Haft Entlassene bisher noch nicht wieder festgenommen werden. Unmittelbar nach seiner Haftentlassung in Leipzig begab sich Roßbach am Sonnabend auf sein Besitztum in Wannsee bei Berlin. Von hier aus soll er jedoch sofort eine längere Erholungsreise angetreten haben. Ob mit oder ohne Kenntnis der neu verhängten Haft bleibt offen. Der Staatsgerichtshof hat Roßbach zwar ohne Stellung einer Kaution aus der Haft entlassen, aber ihm die Verpflichtung auferlegt, dem Untersuchungsrichter jederzeit seinen Aufenthaltsort anzugeben. Es fragt sich also, ob Roßbach dieser dem Staatsgerichtshof gegenüber übernommenen Verpflichtung nachkommen wird. Dann muß sein Aufenthalt rasch bekannt werden. Da die Schutzhaft auf Anweisung des Reichswehrministers, dessen Befehlsgewalt sich über das ganze Reich erstreckt, erfolgt ist, hat u. E. seine Festnahme überall zu erfolgen, unbeschadet, ob sich Roßbach im Bereich des Wehrkreiskommandos IV oder sonstwo im Reiche, sei es selbst in Bayern, aufhält.

*

SPD. Dresden, 15. Oktober. (Eig. Drahtber.)

Als vor 14 Tagen der erste gemeinsame Aktionsausschuß der VSPD. und KPD. in Zwickau gebildet worden war, wurde der sächsischen Regierung vom Wehrkreiskommando IV ein Schreiben übersandt, in dem gesagt wird, daß sich solche Aktionsausschüsse erfahrungsgemäße Exekutivgewalt anzumaßen pflegten und angefragt wurde, ob die sächsische Regierung etwas gegen den Aktionsausschuß zu veranlassen gedenke. Das Wehrkreiskommando habe evtl. die Absicht, ihn zu verbieten. Die sächsische Regierung hat daraufhin in ihrer Antwort am 2. Oktober erklärt, daß nach den bisherigen Erfahrungen die Aktionsausschüsse, die sich auf die Organisationen der Arbeiterschaft stützen, eine Garantie gegen öffentliche Unruhen bedeuten. Sie zu verbieten, würde die sächsische Regierung für außerordentlich unklug halten. Bei anderer Gelegenheit wurde dem Wehrkreiskommando erklärt, daß die sächsische Regierung ein Verbot der proletarischen Hundertschaften als eine durchaus unzweckmäßige und große Kreise der Bevölkerung beunruhigende Maßregel betrachten müßte. Das Wehrkreiskommando IV hat also das Verbot der proletarischen Hundertschaften und Aktionsausschüsse ausgesprochen, obwohl ihm die Stellungnahme der sächsischen Regierung nicht nur aus der Programmrede des Ministerpräsidenten Zeigner, sondern auch aus einem besonderen Schriftwechsel bekannt war.

Sachsens neuer Kurs.

SPD. Dresden, 15. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die „Dresdener Volkszeitung" bezeichnet die Auflösung der proletarischen Selbstschutzorganisationen als einen Schlag ins Wasser. Sie versichert, daß die Arbeiterschaft in dem Augenblick in zweckentsprechender Form auf den Beinen sein wird, wenn es gilt, die bis heute gesicherten Errungenschaften des 9. November zu verteidigen.

*

Die VSPD. und KPD. Groß-Dresdens veranstalten am kommenden Donnerstag gemeinsam fünf öffentliche Massenversammlungen mit der Tagesordnung „Die Regierung des arbeitenden Volkes in Sachsen". Als Redner sind u. a. vorgesehen Finanzminister Böttcher, Wirtschaftsminister a. D. Fellisch und Ministerialdirektor Brandler.

Das Verfahren gegen die Küstriner Putschisten.

Umfassende Sicherungsmaßnahmen in Kottbus.

Kottbus, 15. Oktober.

Den 14 Rädelsführern des Küstriner Putschversuches ist die Anklage, die auf Hochverrat lautet, am Montag zugestellt worden. Für die Verfahren, für die vorläufig zwei Tage vorgesehen sind, sollen umfassende Sicherungsvorkehrungen getroffen werden. So ist für den Prozeß ein ungewöhnlicher Verhandlungsort, nämlich die Kirche des Kottbusser Zentralgefängnisses ausgewählt worden, um etwaige Kundgebungen außerhalb der Verhandlungen unmöglich zu machen, soll während der Dauer des Prozesses eine Abteilung Reichswehr nach Kottbus gezogen werden. Schon jetzt ist damit zu rechnen, daß mindestens für einen Teil des Prozesses die Oeffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatssicherheit ausgeschlossen werden dürfte. Das Zeugenaufgebot für die Verhandlung vor dem Ausnahmegericht wird ziemlich umfangreich sein. Die Verteidigung der Angeklagten liegt fast ausschließlich in den Händen Kottbusser Anwälte. Nur der Führer des Küstriner Putsches, Major Buchrucker, wird von Rechtsanwalt Böttger, Berlin, dem Anwalt des Freiherrn von Wangenheim im Jagow-Prozeß, verteidigt. Für Buchrucker soll übrigens auch ein psychiatrischer Sachverständiger geladen werden.

Der „Völkische Beobachter" wird zahm und Kahr „unpopulär".

SPD. München, 15. Oktober. (Eig. Drahtber.)

Nach zehntägigem Verbot ist am Montag der „Völkische Beobachter" wieder erschienen. Wer gerade von dieser Nummer eine besondere Kraftleistung des Herrn Hitler erwartet hat, ist etwas enttäuscht von der ungewöhnlichen Zurückhaltung. Die Sprache gegen Kahr ist um vieles milder geworden und einem neuen Versuch, den Generalstaatskommissar gegen die bayrische Volkspartei scharf zu machen, merkt man deutlich an, daß sein Urheber an dieser Taktik selbst keine rechte Freude mehr habe. Diese lendenlahme Polemik erschöpft sich in folgenden Sätzen:

„In Bayern wächst sich die Regierung des Generalstaatskommissars in einer Weise aus, die wir schon seit den ersten Tagen befürchtet haben. Zu schwach, dem organisierten Verrat im Reich einen wirklichen Kampf anzusagen, verharrt die bayrische Staatsregierung in Passivität. Es wäre gut, wenn Herr v. Kahr ein wenig auf die Straßen Münchens gehen würde, um sich mit der Stimmung des Volkes etwas bekannt zu machen. Er würde dann merken, daß seine Popularität, von welcher die Bayrische Volkspartei jetzt plötzlich so viel zu erzählen weiß, sich schon heute auf ein Achselzucken beschränkt . . . . Wir raten Herrn v. Kahr im allgemeinen vaterländischen Interesse, der Bayrischen Volkspartei und ihren Machenschaften ein Ende zu bereiten."

Deutschnationale Profitpartei.

Die Deutschnationalen suchen sich bei jeder Gelegenheit als die ausschließlichen Vertreter der Volksinteressen hinzustellen. Wiederholt sind Beweise dafür geliefert worden, daß sie in Wirklichkeit nichts anderes im Auge führen als das Ziel, schnell wieder zur Macht zu kommen, ganz gleich, ob das arbeitende Volk dabei zugrunde geht. Heute können wir einen neuen Beweis für die deutschnationale „Vaterlandsliebe" liefern. Vor wenigen Tagen wurde bekanntlich zwischen der französisch-belgischen Ingenieurkommission und den Phönix-Werken ein Abkommen über Kohlenlieferungen usw. abgeschlossen, ohne daß die Reichsregierung von der Absicht auch nur unterrichtet worden wäre. Wie sich jetzt herausstellt, war der Unterhändler für die Phönix-Werke und eifrige Befürworter dieses Vertrages der deutschnationale Generaldirektor Haßlacher, ein Mann, der in der Deutschnationalen Partei eine führende Rolle spielt.

Leider sind wir nicht in der Lage, mitteilen zu können, wieviel Prozent vom Reingewinn bei diesem antinationalen Geschäft für Herrn Haßlacher abfallen und welche Summen er davon wieder der Deutschnationalen Partei zur Verfügung stellt. Wann gedenkt diese Partei übrigens ihren Namen zu ändern? Zeit wird es bald und schwer fallen kann es u. E. nicht mehr, da das deutsche Volk längst erfahren hat, welche Gesellschaft sich hinter der Firma: „Deutschnational" verbirgt.

Der Kommunistenputsch in Bulgarien.

(Von unserem bulgarischen Korrespondenten.)

Sofia, den 9. Oktober.

Als die Sozialdemokratie durch den Umsturz vom 9. Juni Regierungspartei geworden war, drängte sie auf sofortige Ausschreibung von Neuwahlen. Dieses Verlangen vereinbarte sich nicht mit der Auffassung des neuen Ministerpräsidenten Zankoff. Er wollte das durch den Umsturz vergrößerte Durcheinander in den bürgerlichen Parteien zur Bildung einer Einheitspartei ausnutzen. Möglichkeiten dafür waren genügend vorhanden. Die Bauernpartei wurde durch den Tod Stambulinskis führerlos und auch die übrigen vier bürgerlichen Organisationen waren ohne anerkannte Führung. Die sich so ergebende Gelegenheit zur Zerschlagung der Bauernpartei mußte jedoch infolge der innerpolitischen Entwicklung unausgenutzt bleiben. Die kommunistische Agitation erforderte von der Regierung viel Aufmerksamkeit, wie auch die Propaganda der Bauernpartei zu einem neuen Umsturz und die außenpolitische Lage Bulgariens einen wesentlichen Teil der Kraft des Kabinetts in Anspruch nahmen.

So liegt der Sturz Stambuliskis bereits vier Monate zurück, ohne daß Bulgarien bisher eine gesetzgebende Körperschaft besitzt. Lediglich die Verwaltung ist im gewissen Sinne reorganisiert worden. In Ermangelung eines Besseren wurden an Stelle der Bauernpartei aktive oder ehemalige Offiziere gesetzt. Die Bauernschaft, insgesamt 80 Prozent der Bevölkerung, verlor so schnell ihre alte Vormachtstellung. Auch das führte dazu, daß es in Bulgarien bald wieder mehr Unzufriedene als Zufriedene gab. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse trug hierzu ein wesentliches bei. Der Export, auf den das Land angewiesen ist, ging mehr und mehr zurück und die Preisentwicklung im Innern überstieg bald die Weltmarktpreise.

Die Kommunisten, die für ihre Propaganda auch in Bulgarien kein Geld scheuen, sondern von Moskau aus reichlich mit Mitteln und Agitatoren bedacht werden, hatten unter diesen Umständen leichtes Spiel zu einem neuen Putsch, dessen Ziel der Sturz der Regierung war. Zur Vorbereitung dieser Aktion war durch Moskau unter dem Deckmantel einer sogenannten Roten Kreuz-Kommission ein gut funktionierendes Agitationsbureau der dritten Internationale in Sofia eingerichtet worden. Die Regierung erhielt hiervon bald Kenntnis und verhaftete die kommunistischen Agitatoren. Bei dieser Gelegenheit wurde sie von den kommunistischen Bestrebungen unterrichtet. Es wurden sofort Gegenmaßnahmen getroffen und als der Putsch ausbrach, war es den amtlichen Stellen ein Leichtes, die kommunistische Bewegung durch die Verhaftung der Führer kopflos zu machen. Die Anhänger Moskaus rotteten sich deshalb, ohne zum Generalangriff überzugehen, in den verschiedensten Ortschaften zusammen, besetzten Bahnhöfe und Kasernen, zerstörten Eisenbahnen und riefen in einzelnen Dörfern die Sowjetrepublik aus. In den Städten war die Durchführung der kommunistischen Aktion von vornherein durch die Maßnahmen der Regierung unmöglich gemacht. Aber auch hier wäre es sicher zu Zusammenstößen mit den Regierungsorganen gekommen, wenn die Kommunisten gemeinsame Sache mit der Bauernpartei gemacht hätten. Das ist nicht geschehen. Die Regierung hatte so nur gegen links zu kämpfen und konnte den Putsch unter Aufwendung starker militärischer Kräfte gewaltsam niederschlagen.

Man muß hoffen, daß die ungeheuren Blutopfer — auch viele Unschuldige sind den letzten wilden Schießereien und Grausamkeiten zum Opfer gefallen — nicht umsonst gewesen sind und wenigstens in einiger Zeit Bulgarien wieder zur Ruhe kommt. Allerdings übt Rußland, das Bulgarien einst vom Türkenjoch befreite, noch immer einen starken Einfluß auf das Land aus. Bolschewistisches Geld und nicht minder gefährliche starke und schlagbereite Reste der Wrangel-Armee können die innere Politik Bulgariens noch länger unheilvoll und beunruhigend beeinflussen. Aufgabe der zahlenmäßig zwar nicht großen, aber wegen ihrer Mittelstellung zwischen den Extremen rechts und links umworbenen sozialdemokratischen Partei wird es sein, den Weg einer Politik der richtigen Verteilung der Lasten und Rechte, d. h. eine Politik der Demokratie und des Ausgleichs zwischen Staat und Land, gegen Kommunismus und Militärdiktatur, zu zeigen. Auf dem Wege hierzu ist die Sozialdemokratie. Sie hat inzwischen bereits den Eintritt des gemäßigten Bauernführers Dragieff in das Kabinett beantragt.

Vor einer neuen Regierungskrise in Bulgarien.

TU. Sofia, den 16. Oktober.

Die Regierung hat beschlossen, das Moratorium nicht zu verlängern. Die Regierung steht wieder vor einer Krise, weil die Sozialdemokraten mit der ihnen angebotenen Anzahl von Mandaten nicht einverstanden sind.

Die Zusammenkunft Seipels mit Stresemann.

TU. Prag, den 16. Oktober.

Bundeskanzler Dr. Seipel, der gestern nach Vorarlberk abgereist ist, trifft nach den neuesten Nachrichten Donnerstag mit dem deutschen Reichskanzler, Dr. Stresemann, in Bregenz zusammen.

Kommunistische Massenverhaftungen in Polen.

TU. Warschau, den 16. Oktober.

Die Regierung benutzt die Explosionskatastrophe in der Warschauer Zitadelle, welche nach den bisherigen Untersuchungen auf die Fahrlässigkeit eines Arbeiters zurückzuführen sein soll, dazu, die ihnen als Leiter der Streikbewegung in Oberschlesien jetzt besonders mißliebigen Kommunisten im ganzen Lande verhaften zu lassen. In Warschau wurden 100 und in Krakau 40 Kommunisten verhaftet. Die Militärbehörden schließen im Gegensatz zu der Regierung die Möglichkeit eines Anschlages aus, da sie nicht zugeben wollen, daß sich ein Kommunist unter den Arbeitern des Pulverlagers befunden hätte.

Ein Briefwechsel Stinnes-Stresemann.

Nachdem die Verhandlungen der Schwerindustriellen mit Degoutte in den letzten Tagen in der gesamten Presse und auch im Reichstage ausführlich behandelt worden sind, wird jetzt der Wortlaut des Briefes, den Stinnes an den Reichskanzler richtete, und gleichzeitig die Antwort Stresemanns bekanntgegeben. Der Inhalt des Stinnes-Schreibens ist im wesentlichen bereits bekannt. Aus dem vorliegenden Wortlaut ist jedoch festzustellen, daß es sich nicht um „ultimative Forderungen" handelt, wie durch die ersten Veröffentlichungen angedeutet wurde, sondern um das Ersuchen, bis „Dienstag nachmittag die grundsätzliche Entscheidung der deutschen Regierung darüber zu erhalten, ob die Regierung bei den mit Frankreich zu führenden Verhandlungen selbst etwa durch sofortige Aufnahme der Verhandlungen mit der Reparationskommission die notwendigen Vereinbarungen für die westlichen Gebiete mit Frankreich treffen will, oder ob sie es den Vertretern der westlichen Gebiete, insbesondere denen der rheinisch-westfälischen Kohlenindustrie überlassen will, einen modus vivendi mit den Besatzungsmächten zu treffen, um die Ernährung der Bevölkerung und den Bestand der Werke nach Möglichkeit zu sichern."

Die in dem Schreiben zur Beantwortung unterbreiteten Fragen sind gleichfalls, wenn auch im Auszuge, richtig wiedergegeben worden. Die am meisten aufrüttelnde Forderung wegen der Arbeitszeit hat nach dem Briefe diese Fassung:

Können wir auf die wohlwollende Unterstützung der Regierung rechnen bei

a) der Durchführung der Arbeitszeitverlängerung auf 8½ Stunden im besetzten und unbesetzten Gebiet,

b) der sofortigen Beseitigung der Demobilmachungsbestimmungen und der Bestimmungen, die aus Anlaß der Besetzung des Ruhrgebietes bezüglich der Kündigung von Arbeitern und Angestellten getroffen sind.

Der Unterschied zwischen den ersten Veröffentlichungen und dem Wortlaut der Fragestellung ist also der, daß von einer zehnstündigen Arbeitszeit über Tage nicht die Rede ist. Dagegen wird verlangt, daß auch die Bestimmungen aufgehoben werden sollen, die den Arbeitern und Angestellten des Ruhrgebiets ihre Stellungen sichern sollten, die durch den passiven Widerstand und die Ausweisungspraxis der Franzosen ihnen verloren gegangen waren.

Auf diesen Brief ist folgende Antwort des Herrn Reichskanzlers eingegangen:

Der Reichskanzler.

Rk. 11 138 Berlin, den 12. Oktober 1923.

Sehr geehrter Herr Stinnes!

Auf Ihr Schreiben vom 7. Oktober erwidere ich Ihnen gleichzeitig im Namen der Reichsregierung folgendes:

Wie sie wissen, war für die Aufgabe des passiven Widerstandes ausschlaggebend die finanzielle Notlage des Reiches, die eine Weiterführung der reichsseitigen Finanzierung auch nur für eine kurze Zeit unmöglich machte. Diese finanzielle Lage diktiert uns auch jetzt zwangsläufig den Weg unserer Entschlüsse. Die Reichsregierung hat aus ihrem dringenden Wunsch, in möglichstem Umfange der Wirtschaft des besetzten Gebietes die durch den von ganz Deutschland geführten Abwehrkampf ihm entstandenen Schwierigkeiten zu erleichtern, für eine Uebergangszeit noch die Ihnen bekannten und endgültig begrenzten Kredit und Zuschußleistungen auf das Reich genommen, trotzdem sie die finanziellen Verhältnisse des Reiches auf das schwerste erschüttern. **Darüber hinaus etwas zu leisten, ist leider völlig unmöglich. Wir kämpfen jetzt um die nackte Existenz des deutschen Volkes und müssen diesem Gesichtspunkte alles andere unterordnen.**

Aus diesem Grunde ist es uns auch **nicht möglich, die Lieferungen für Reparationskohle wie bisher zu finanzieren.** Durch das bisherige Mittel der Notenausgabe kann die Finanzierung nicht erfolgen. Die Frage, ob Deutschland eine internationale Anleihe erhalten kann, ist bisher völlig ungeklärt. Die Markentwertung schreitet in rasendem Tempo weiter. Wir haben die Verordnung vom 13. Januar über das Reparationslieferungsverbot aufgehoben und dadurch unsere grundsätzliche Bereitwilligkeit erklärt, Reparationslieferungen dann wieder aufzunehmen, wenn die finanzielle Lage des Reiches es gestattet. **Gegenwärtig kann von einer solchen Möglichkeit nicht gesprochen werden.** Die Reichsregierung kann deshalb Ihnen und Ihren Freunden gegenüber **weder eine Garantie für die Zahlung der Reparationskohle noch für einen Ersatz der beschlagnahmten Kohle, noch einen Ersatz für die Kohlensteuerbeträge übernehmen.**

Dagegen hat sich die Reichsregierung schon vor Aufgabe des passiven Widerstandes mit der Frage beschäftigt, ob nicht die allgemeine Wirtschaftslage eine Aufhebung der Kohlensteuer notwendig macht. Die Kohlenpreise sind die Grundlage für die gesamte Entwicklung der Wirtschaft. Ihre Senkung sowohl für industrielle Bedürfnisse wie für den Bedarf des Hausbrands ist eine Notwendigkeit. Daher hat sich die Reichsregierung nunmehr **zur Aufhebung der Kohlensteuer entschlossen, sie aber abhängig gemacht von der Senkung der Kohlenpreise in der Ihnen bekannten Art und Ausdehnung.**

Die Situation, die sich bei der Neuordnung für die Zechen im besetzten Gebiet ergibt, veranlaßt die Reichsregierung, sich mit einer weitgehenden Freiheit der Unternehmungen einverstanden zu erklären. Um den Zechen die Möglichkeit zu geben, über die von ihnen seitens der Besatzungsmächte angeforderten Brennstofflieferungsverträge abzuschließen, ist die deutsche Regierung damit einverstanden, daß das Kohlensyndikat die hierfür erforderlichen Mengen freistellt. Auch der Kohlenkommissar wird in solche Lieferungen nicht eingreifen. Bei der Behandlung der Frage, in welchem Umfange die Kohlen im besetzten Gebiet hinausgehen, ist zu vermeiden, daß durch etwaige Abmachungen Bindungen für die Regierung entstehen. Die grundsätzliche Behandlung der Frage muß Gegenstand späterer Verhandlungen zwischen den Regierungen bleiben. **Es kann der Reichsregierung nicht zugemutet werden, sich mit noch zu treffenden Verfügungen der Besatzungsbehörden einverstanden zu erklären, ohne dabei selbst mitzuwirken.** Da Verhandlungen zwischen den Regierungen über diese Fragen gegenwärtig nicht stattfinden, so ist die Reichsregierung damit einverstanden, daß die wirtschaftlichen Organisationen ihrerseits Verhandlungen wegen der Wiederingangsetzung der Wirtschaft führen und damit ihre Vertrauensmänner beauftragen. Die Regierung muß ihrerseits jedoch unbedingt Gewicht darauf legen, daß hierbei **keinerlei Verhandlungen oder Vereinbarungen über Fragen getroffen werden können, die staatliche Rechte, insbesondere Hoheitsrechte, betreffen.** Es ist selbstverständlich, daß nach Aufgabe des passiven Widerstandes die Regiebahnen durch die Industrie benutzt werden können; ebenso selbstverständlich ist es aber, daß sich aus der Tatsache des Reichseigentums an den Bahnen ergibt, daß seitens der Vertreter wirtschaftlicher Organisationen keine Erklärungen abgegeben werden, die eine Auslegung dahin zulassen, daß **die Wirtschaft sich an einer Wegnahme dieser Vermögensstücke des Reiches beteiligen könnte.**

Was endlich die Regelung der Arbeitszeit betrifft, gelten hierfür lediglich die gesetzlichen Bestimmungen des Reiches. Daß eine gesetzliche Neuregelung der Arbeitszeit in allernächster Zeit geplant ist, darf als bekannt vorausgesetzt werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr sehr ergebener

gez. Stresemann.

Die Antwort des Kanzlers, die im Namen der Reichsregierung erfolgte, entspricht der Sachlage. Daß das Reich in der gegenwärtigen Finanzlage den Industriellen nicht alle Lieferungen an Reparationskohlen bezahlen kann, wenn es die Zerrüttung der Finanzen nicht noch weiter treiben will, liegt auf der Hand. Deutlicher hätte die Antwort sein können, soweit die letzte Frage der Stinnesleute in Betracht kommt. Aber auch in ihrer knappen Formulierung kann die Antwort nicht gut als Zusage einer „wohlwollenden Unterstützung" aufgefaßt werden.

Devisen-Kurse.

Berlin, 16. Oktober.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		15. Oktober.	11. Oktober.
Amsterdam	1 fl.	1 476 300 000	1 985 025 000
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr.	193 510 000	259 350 000
Kristiania	1 Kr.	588 525 000	784 035 000
Kopenhagen	1 Kr.	664 335 000	893 760 000
Stockholm	1 Kr.	991 515 000	1 332 660 000
Helsingfors	1 finn. Mk.	100 747 500	135 660 000
Rom	1 Lire	171 570 000	135 660 000
London	1 £	16 957 500 000	22 942 500 000
Neuyork	1 Dollar	3 750 600 000	5 047 350 000
Paris	1 Frs.	230 422 500	3 047 350 000
Zürich	1 Frs.	674 310 000	305 205 000
Madrid	1 Pesetas	508 725 000	903 785 000
Wien	100 Kr.	52 668 000	71 820 000
Prag	1 Kr.	111 720 000	166 212 500
Budapest	1 Kr.	199 500	—

Volkswirtschaft.

Keine Aussicht auf Besserung der Wirtschaftslage in England.

Nach den vorliegenden statistischen Angaben beträgt der Wert der englischen Einfuhr im September 83 265 581 Pfund Sterling. Das bedeutet eine Zunahme von 5 499 004 gegenüber der Einfuhr im September 1922. Die Ausfuhr beziffert sich auf 63 836 144 Pfund Sterling. Die Zunahme gegen September vorigen Jahres beträgt also nur 1 325 045 Pfund. Die Zahlen lassen darauf schließen, daß wenig Aussicht auf eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in England besteht. Schon im Monat August war die Ausfuhr britischer Waren niedriger als in den anderen Monaten des Jahres. Besonders zurückgegangen ist die Ausfuhr ausländischer und kolonialer Waren. Auch sank die Kohlenverschiffung ganz erheblich. Sie betrug z. B. im August 187 000 Tonnen weniger als im Juli. Diese Minderung der Kohlenausfuhr hängt mit der Beendigung des Ruhrkampfes zusammen. So ging z. B. der Kohlenexport nach Deutschland im August um 80 000 Tonnen und der nach Frankreich um 138 000 Tonnen zurück.

Sturz der polnischen Mark.

Seit Anfang Oktober hat sich der Kurs der polnischen Mark in Zürich von 0.0017 auf 0.00065 gesenkt. Im großen und ganzen vollzog sich der Sturz der Polenmark zu der gleichen Zeit, in der der Sturz der Reichsmark erfolgte. Die gemeinsamen Zerfallserscheinungen in der Währung beweisen die Abhängigkeit der polnischen Währung und des polnischen Wirtschaftslebens von Deutschland. Der Sturz der Polenmark wurde durch die Kündigung von Krediten beschleunigt, die Schweizer Banken Polen gewährt hatten.

Vermischte Nachrichten.

Infizierte Kaninchen gestohlen. Ein Diebstahl, der die furchtbarsten Folgen zeitigen kann, wurde in der Augenklinik der Universität Göttingen verübt. Aus dem Tierstall wurden mehrere Kaninchen gestohlen, die schwer mit Syphilis und Tuberkulose durchseucht sind; die Krankheit ist bei den Tieren äußerlich nicht sichtbar. Die Direktion der Augenklinik macht die Oeffentlichkeit darauf aufmerksam, daß die Krankheiten der Tiere sich durch den Genuß des Fleisches oder das Präparieren der Felle auf den Menschen übertragen.

Todessturz eines Fliegers. Bei den Gleitwettflügen in Lympne (England) stürzte der französische Flieger Maneyrol mit einem kleinen Flugzeug aus einer Höhe von etwa 100 Fuß ab und starb einige Minuten später. Kurz vordem hatte Maneyrol verschiedene Höhenrekorde aufgestellt.

Die Arbeiterpresse in Amerika. Um die Arbeiterpresse der Vereinigten Staaten ist es sehr schlecht bestellt. Es gibt dort, abgesehen von einigen deutschen und jüdischen Arbeiterblättern, nur eine einzige englische Arbeiterzeitung, die sich aus eigenen Kräften erhalten kann, der vom Genossen Viktor Berger herausgegebene „Milwauke Leader". Die Tageszeitungen von Chikago und Boston sind lange eingegangen. Andere erscheinen nur wöchentlich und kämpfen mit großen Defiziten. Nun haben zwei mächtige Gewerkschaften, die in gewerkschaftlichen Fragen bahnbrechenden Vereinigten Bekleidungsarbeiter Amalgamated Clothing Workers) und die Internationale Damenschneiderunion (International Ladies Garment Workers Union) das sozialistische Parteiblatt „New York Call" übernommen. Es soll zu einer gut informierten großen Tageszeitung ausgestaltet werden. Hervorragende Journalisten wurden dafür gewonnen, Chefredakteur wurde Norman Thomas, Redakteur der bekannten Zeitschrift „The Nation".

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Die Figurantin.

Der Roman eines Dienstmädchens.
Von Leon Frapie.

15. Fortsetzung.

Zu allererst, um meine Aufmerksamkeit nicht von der Trüffelpastete abzulenken, hatte ich, um nicht länger suchen zu müssen, angenommen, daß mein Angreifer einem plötzlichen Tobsuchtsanfall nachgegeben. In der Erkenntnis des Irrtums konnte ich mir nicht versagen, dröhnend auf meinen Schenkel zu schlagen:

„Nein, das ist wirklich stark!"

Aber die erlaubte Notwehr entband mich vom geringsten Bedauern.

In Lyon stieg ich aus, den verfluchten Koffer im Stich lassend; aber ein übereifriger Beamter stürzte hinter mir her. Um keinen Verdacht zu erwecken, mußte ich dieses Zufallsgepäck mitschleppen. Da es nichts Wertvolles enthielt, und ich kein Dieb bin — verstanden, junges Mädchen? —, warf ich den Koffer in den Feldern weg."

*

Sulette lauschte wie gebannt, mit offenem Mund, in der Befürchtung, zu hastig zu atmen. Der Mann unterließ es bisweilen, sie anzusehen, wie wenn er zu sich selbst spräche. Und die sichere Klarheit seiner Worte gewährte in der Tat den Eindruck, daß er nicht improvisierte, sondern im Gegenteil eine oft überdachte Geschichte laut wiederholte.

Nach einer Pause, wo seine drohenden Augen eine beipflichtende Aeußerung seitens Sulettes erwarteten, nahm er wieder das Wort:

„Presse und Publikum beschäftigten sich einige Tage mit dem leblos auf den Schienen gefundenen Reisenden; dann ereigneten sich neue Mordtaten, welche jene begruben, und bald schien der Vorfall in Vergessenheit gesunken.

Der andere Reisende, der in Dijon abgestiegen, dem ich den besseren Koffer, als es sein eigener war, nachgeworfen hatte, beging die unvergleichliche Dummheit, ihn zu behalten und nichts zu sagen. Sechs Monate nach dem Fall wurde er wegen dieses Reisekoffers und der darin enthaltenen Gegenstände festgenommen unter der Anschuldigung, dessen Eigentümer umgebracht zu haben.

Er leugnete seine Reise in der Nacht des Verbrechens nicht; aber als er darüber aufklären wollte, wie der Koffer des Opfers in seinen Besitz gekommen war, erschien sein Bericht ganz und gar lügenhaft.

Kein Beamter entsann sich seiner Geschichte von dem versäumten Zug, von dem durch einen Dritten auf den Perron geworfenen Ueberzieher und Koffer.

Er stellte die verwegene Behauptung auf, daß er, von einem kurz zuvor erfolgten Todesfall ganz niedergeschmettert, diesen Koffer — fremdes Gut, junges Mädchen! — aus Gleichgültigkeit gegen die Außenwelt behalten hatte, weil die zur Rückerstattung nötigen Schritte in diesem Augenblick eine Anstrengung über seine Kräfte bedeutet hätten.

Vor das Schwurgericht gestellt, wurden ihm mildernde Umstände versagt; man verhängte über ihn die Todesstrafe. Aber die Gnade des Staatsoberhauptes milderte trotz heftigen Widerspruchs der öffentlichen Meinung diesen fatalen Wahrspruch und wandelte ihn in lebenslängliche Zwangsarbeit um.

Der Name dieses Menschen war Billot. Bald berichteten mir die Zeitungen, er wurde nach Neukaledonien eingeschifft."

Das leuchtende Gesicht des Alten, seine rotunterlaufenen Augen, die gekrümmte Nase erzitterten in einer phantastischen Erregung. Für Augenblicke mußte Sulette eine Halluzination von sich abschütteln; es schien ihr, daß eines der linksstehenden Möbel blutigrote Farbe, gleich dem glühenden Antlitz des Greises, annahm.

Er fuhr, mit den Kiefern arbeitend, in herrischem Tone fort:

„Diese Geschichte, die mich im Anfang ziemlich stark beschäftigte, dann mein besonderes Interesse wachgerufen hatte, war also zu Ende. Bald dachte ich nicht mehr im entferntesten daran. . . . ich denke nicht gerne an Diebe . . .

Da, beim Durchfliegen einer Zeitung, es ist gar nicht lange her, verweile ich bei folgender Notiz:

„Ein gewisser Billot, seinerzeit wegen Ermordung eines Reisenden auf der Eisenbahn zum Tode verurteilt, dann unter Milderung der Strafe nach Neukaledonien verschickt, hat im Bagno, während 25 Jahren, sich so befriedigend geführt, daß er soeben definitiv begnadigt wurde und die Erlaubnis erhielt, nach Frankreich zurückzukehren. Er hat sich auf demselben Dampfer Orenoque eingeschifft und wird in Marseille am 30. Mai dieses Jahres landen."

Bei Gott! sagte ich mir, die Augenschließend, ich erinnere mich an ein Drama dieser Art, und dessen Held trug in der Tat einen Namen von ähnlichem Klang.

Es stand fest, es handelte sich glattweg um diesen Menschen, den der erbärmliche Diebstahl des Reisekoffers ins Verderben gestürzt hatte. Und, sonderbares Zusammentreffen, gerade rief mich ein Philanthropenkongreß nach Marseille.

Ganz natürlich interessierte mich zweierlei: zunächst hatte ich die etwas tölpische Neugier, einen Verbrecher zu sehen, der eben fünfundzwanzig Jahre im Bagno zugebracht, einen Verbrecher, der für das Leben des Bagno wie geschaffen gewesen war; dann hatte ich, meinen Grundsätzen zuwider, ein wenig auch des Kongresses wegen, als Mitglied des Komitees zur Fürsorge entlassener Sträflinge, die leise Absicht, auf die Hilfsbedürftigkeit des gewissen Billot aufmerksam zu machen und — dieses einmal — ein kleines rührendes Lied zugunsten dieses elenden Kerls anzustimmen, der ohne Beziehungen, ohne Barmittel, durch seine mißliche Vergangenheit geschädigt, an Land gehen würde usw.

Am angegebenen Tage also machte ich einen Spaziergang nach dem Hafen und mischte mich unter die Passagiere des Orenoque, wo ich mir genannten Billot bezeichnen lassen konnte. Seine Erscheinung war seit der Schwurgerichtsverhandlung vollständig aus meinem Gedächtnis gelöscht."

*

Sulette offenbarte, unwillkürlich die Augen aufreißend, eine aus Hoffnung und Mitleid geweckte Neugier.

Der Alte wiederholte mit drohendem Tone:

„Seine Diebeserscheinung! . . . . Da sah ich nun einen kleinen, sauberen, aber widerwärtigen, ausgedörrten, gebeugten Mann mit gelbem Teint, welcher mißtrauisch, mit einer Verworrenheit, die von nichts Gutem zeugte, um sich blickte, unentschlossen stehen blieb, sich umwandte, anscheinend kaum aufzutreten wagte, die Luft vorsichtig einsog, ein Loch suchte, um sich zu verkriechen. Seine zerrütteten Züge verrieten Verstocktheit und List; sein Kopf hatte die Gewohnheit aufrechter Haltung verlernt.

Ach! Dieser entlassene Sträfling war weit davon entfernt, ein liebenswürdiges und heiteres Gesicht zu machen; er schien sich, das versichere ich Ihnen, nicht mit der Gesellschaft versöhnen, noch darauf verzichten zu wollen. Schlechtes zu tun. Er gewährte den Eindruck eines wilden Tieres, welches das helle Tageslicht blendet, der freie Raum verwirrt, welches die Gegenwart nicht isolierter Menschen belästigt. Nichts deutete in meinen Augen auf Reue, auf gute Vorsätze.

Sehen Sie, ein lustiger Bursch, der hätte sich, wäre sein Herz rein gewesen, fröhlich zeigen müssen, zappelnd vor Behagen, daß er die Freiheit wieder erlangt hat . . . Es ist ein wertvolles Gut, die Freiheit, zum Teufel!

Nein! Trübsinnig in sich versunken, ein kleines Paket mit seiner starren Hand haltend, die Schultern wie von einer unsichtbaren Last niedergedrückt, schlug er den unbelebtesten Weg ein.

Trotz seines wenig ermutigenden Aussehens folgte ich ihm, um meine Erfahrung zu vervollständigen. Aber als ich ziemlich dicht an ihn heran war, warf der Elende einen verstohlenen Blick auf meine tadellose Gentlemanskleidung. Ein Schauder erfaßte mich; ich ermaß den Haß, welcher die Ruchlosen gegen alles beseelt, was einen anständigen und ehrbaren Anschein hat. Meine wohlwollenden Gesinnungen verschwanden augenblicklich; angeekelt, entrüstet kehrte ich ihm den Rücken und entfernte mich eilig."

Nach diesem Schlußsatz erhob sich der Erzähler so plötzlich, daß Sulette glaubte, er wolle sich auf sie stürzen, um sie zu erwürgen.

(Fortsetzung folgt.)

Amtlicher Teil

Das Gesetz- und Verordnungsblatt

der freien und Hansestadt Lübeck vom 16. Oktober 1923 Nr. 76 enthält: (7586

Bekanntmachung, betreffend den Geltungsbereich der Bestimmungen des § 114 der lübeckischen Straßenordnung vom 22. September 1923. — Bekanntmachung, betreffend den Geltungsbereich der Bestimmungen des § 16, Ziff. 4 des Straßenbaugesetzes für die innere Stadt und die Vorstädte vom 19. Februar 1919. — Festsetzung des Wertes der Sachbezüge.

Brotbeihilfen für kinderreiche Familien.

Besonders bedürftige Haushaltungsvorstände können, wenn der Vater noch lebt, für das vierte und jedes weitere Kind, lebt der Vater nicht mehr, für das dritte und jedes weitere Kind eine Brotbeihilfe erhalten. Kinder über 16 Jahre werden nur berücksichtigt, wenn sie im Haushalt der Eltern verpflegt werden und ihr Verdienst nicht ausreicht, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Anträge auf Brotbeihilfen sind für Haushaltungsvorstände mit den Buchstaben

A—L: Mittwoch, 17. Oktober,
M—Z: Donnerstag, 18. Oktober,

nachm. 2—5 Uhr, in **Zimmer 1 des Wohlfahrtsamtes**, Untertrave 104, zu stellen. Vorzulegen sind **Lebensmittelausweis und Nachweis über Arbeitsverdienst der letzten Woche** (Lohntüte oder dergleichen). (7597

Das Wohlfahrtsamt.

Zusatzrenten für Kriegshinterbliebene

Nächste Auszahlung findet statt: (7596

für Buchstaben: A-E: Donnerstag, 18. 10., 8½—11 Uhr vorm.
F-J: Donnerstag, 18. 10., 3—5 Uhr nachm.
K-N: Freitag, 19. 10., 8½—11 Uhr vorm.
O, R und Sch: Freitag, 19. 10. 3—5 Uhr nachm.
S-Z: Sonnabend, 20. 10., 8½—11 Uhr vorm.

Nichtamtlicher Teil

Nachruf.

Am Sonnabend, dem 13. 10. 23, starb mein lieber Mann, unser Vater, Groß- und Urgroßvater

J. Gieseler,

Schlutup, Wesloer Straße 25. (7582

In dieser Trauer
M. Gieseler Ww. geb. Voß u. Kinder und Kindeskinder.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 17. 10. 23, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Am 12. d. Mts. starb unser Kollege

Carl Beckmann.

Ehre seinem Andenken. (7587

Beerdigung am 17. 10., nachm. 3½ Uhr, Kapelle Vorwerk.

Die Ortsverwaltung

Verband der Fabrikarbeiter.
Distrikt Schlutup.

Nachruf!

Am Sonnabend starb unser Kollege

J. Gieseler.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 17. 10. 1923, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause aus statt. (7584

Die Mitgliedschaft.

---

1 Zentner Kartoffeln gegen 2—3 Kinderbunde und Tücher zu tauschen. Ang. unt. **G 372** an die Exp. d. Bl. (7594

Gut erhalt. Säcke zu kaufen gesucht. Ang. mit Preis unt. **C 373** an die Exp. d. Bl. (7595

Gesucht ein Damenrad, gegen Lebensmittel zu tauschen. Ang. unt. **G 371** an die Exp. d. Bl. (7592

Guter wachsamer Hund gesucht, nicht zu klein. Ang. unt. **G 370** an die Exp. d. Bl. (7585

Verloren Montag abend vom Bahnhof bis Beckergrube eine eckige Tula-Armbanduhr. Geg. sehr h. Bel. abzug. Engelswisch 21.

7590)

Möbl. Zimmer
zu vermieten. (7580
Georgstraße 28 a, I.

Dachpappe gegen Kartoffeln zu vertauschen.
7578) Attendornstr. 12, I.

Ein gut erhalt. Kinderwagen gegen Kartoffeln zu tauschen gesucht. Ang. unt. **G 369** an die Exp. d. Bl. (7574

Brillanten
große Objekte, Gold-, Silber-, Platin-
alte Gebisse
kauft ständig
Frick,
Hüxstr. 63.
7410

Prost & Co.
Bankgeschäft
Lübeck
Breite Str. 65. Fernspr. 3788 90.
Telegramm-Adresse: Bankprost.
Kulanter Handel in Lübecker Lokalwerten.
7551

Sämtliche Sorten
FELLE
und **Haare**
kaufen höchstzahlend
Gebr. Wagner,
Tel. 3414
Dankwartsgrube 26.
Holstenstr. 8. (7577

J. H. Pein
Lübeck
Markt 10/12
Breite Straße 64/68.
Das bekannte Kaufhaus für (7416
Arbeiter-Garderoben, Berufskleidung, Herren-Konfektion, Knaben-Konfektion. Erstkl. Manufakturwaren.

Eimerbier
Dienstag von 3—6 Uhr.
7546) **H. Bade.**

Anzeigen,
die in der an dem betr. Tage erscheinenden Nummer des **„Lübecker Volksboten"** veröffentlicht werden sollen, müssen **bis 10 Uhr vormittags** in unserer Geschäftsstelle aufgeliefert sein; größere Anzeigen erbitten wir tags vorher.
Die Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten.
Johannisstr. 46.

Steppdecken
Anfertigung u. Neubeziehen. Spethmann
Breite Str. 31. Fernsp. 8659
(7547)

Alle
Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (7413
Otto Albers
Markt 4 Kohlm. 10

Ankauf v. Gold- und Silber-Bruch, Gebisse, einz. Zähne.
Willi Westfehling 7444
32 Holstenstr. 32

Zeichnungs-Einladung

auf eine

6%ige, tilgbare, mündelsichere Lübeckische Staatsanleihe von 1923, I. Ausgabe

in Höhe von

1 000 000 schwed. Kronen.

Stückelung:
20, 50, 100, 500, 1000 Kronen mit Zinsscheinen für 10 Jahre. Umschreibung in Lübecker Staatsschuldbuch statthaft.

Verzinsung:
Ab 1. November 1923. Stücke zu 20 und 50 Kronen jährlich am 1. November, erstmalig 1924, übrige Stücke halbjährlich 1. Mai und 1. November, erstmalig 1924.

Tilgung und Zinszahlung:
2% jährlich ab 1. November 1924 durch Auslosung oder Ankauf. Zahlung für Kapital und Zinsen Lübeck, Hamburg, Köln in Reichsmark zum Briefkurs der dem Verfalltag vorhergehenden amtlichen Berliner Notiz für Auszahlung schwed. Kronen, Stockholm schwed. Kronen, Helsingfors Finnmark Scheckkurs auf Stockholm, nach Wahl des Gläubigers.

Zeichnungspreis. Einzahlung:
Falls Einzahlung in Auslandswährung lt. Prospekt . . **94 %**
Falls Einzahlung in Reichsmark . . . . . **97 %**

Umrechnung der Reichsmark erfolgt bei den bis 12 Uhr mittags eingehenden Zeichnungen zum Durchschnittskurs der Hamburger Notiz des Zeichnungstages auf Stockholm und, falls keine Notiz sowie bei den nach 12 Uhr mittags eingehenden zum Durchschnittskurs der nächsten Notiz. Bezahlung spätestens bis 11 Uhr vormittags des auf Zeichnung folgenden Werktages. Bei Einzahlung mittels Markscheks gilt Zeichnung erst am Tage des Eingangs seines Gegenwertes erfolgt unter Bestimmung des Umrechnungskurses von diesem Tage. Spitzenverrechnung nach Feststellung des endgültigen Zeichnungspreises beiderseits bar in Reichsmark, keine Stückzinsenberechnung:

Zuteilung und Ausgabe der Stücke:
Alles Nähere durch Zeichnungs-Einladung, die bei Zeichnungsstellen kostenfrei erhältlich. 7581

Lübeck, Hamburg, Köln, im Oktober 1923:

Lübeck:
Commerz-Bank in Lübeck.
Dresdner Bank Fil. Lübeck.
Lübecker Privatbank.

Köln:
A. Levy.
Sal. Oppenheim jr. & Cie.

Hamburg:
L. Behrens & Söhne.
Simon Hirschland.
Nord. Bankkommandite Sick & Co.
Vereinsbank in Hamburg.
M. M. Warburg & Co.

---

28 500

Mitglieder der freien Gewerkschaften, der freigewerkschaftlichen Angestellten-Verbände und der Gewerkschaften der Beamten in Lübeck

lesen den

Lübecker Volksboten als offizielles Publikationsorgan des ADGB., der Afa und des Allg. Deutschen Beamtenbundes. Wer erfolgreich inserieren will, benutze daher den

„Lübecker Volksboten"

Allg. Ortskrankenkasse f. d. Fürstentum Lübeck.

Der Vorstand hat mit Wirkung **vom 11. Oktober 1923 ab** die in seiner Bekanntmachung vom 1. Oktober d. Js. festgesetzten Verdienstgrenzen, Grundlöhne **und Beiträge auf das zehnfache erhöht.** Die Beiträge werden für jeden Kalendertag berechnet. Die Arbeitgeber werden nochmals darauf hingewiesen, daß sie am Sonnabend jeder Woche die von den Versicherten in der Woche einbehaltenen und ihre eigenen Beitragsteile an die Kasse abzuführen haben. Bei späterer Einzahlung werden, auch ohne daß eine Mahnung vorausgeht, die Beiträge um den Betrag erhöht, der dem Verhältnis der von dem Statistischen Reichsamt regelmäßig veröffentlichten Reichsrichtzahl der Lebenshaltungskosten am Fälligkeitstage zu der Reichsrichtzahl am Tage der Einzahlung entspricht. (7588

Eutin, den 15. Oktober 1923.

Der Vorstand. H. Steenbock.

Beitragsmarken
für Vereine und Gewerkschaften
fertigt an und liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung
Buchdruckerei Schiebe, Meyer & Co

Geschäftsbücher
Schreibblocks
Rechnungsblocks
Quittungsblocks
Kuverts
Klebemarken
Kellnerbonsbücher
Tinte, rot u. schwarz
Leim, gute Qualität
Bleistifte, Kopierstifte
Federn, Federhalter
zu haben in der (3762
Buchhandlung Lübecker Volksbote.

BREMEN

AMERIKA
OSTASIEN
AUSTRALIEN

Regelmäßiger Personen- und Frachtverkehr mit eigenen Dampfern. Anerkannt vorzügliche Unterbringung u. Verpflegung f. Reisende aller Klassen

Reisegepäck-Versicherung

Nähere Auskunft durch
NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN
und seine Vertretungen

in Lübeck: **C. F. Schütt & Co.,** Untertrave 12/13. (7575

Verein zur Hebung des Fremdenverkehrs, e.V. Fahrkartenausgabestelle u. Reisebureau des Norddeutschen Lloyd, Mengstr. 4 Buddenbrookhaus.

in Hamburg: **Norddeutscher Lloyd Generalvertretung: Wilhelm Lazarus,** Bergstraße 11, (Haus Commeter).

Adlershorst. Jeden (7373) Donnerstag: **Ball**

Kolosseum
Morgen Mittwoch
Gross. Ball
Kassenöffnung 6½ Uhr. (7576
Joh. und R. Mittag.

Luisenlust.
Jeden Freitag: **Gr. Tanzkränzchen.**

Deutscher Verkehrsbund
Ortsverwaltung Lübeck.
(7593

Versammlung
der Kaufmanns- und Weinarbeiter
am Mittwoch, 17. Oktober
abends 6 Uhr
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:
Bericht der Lohnkommission

Die Ortsverwaltung.

Fledermaus
8 Uhr.
7579)

Trocadero.
Schüsselbud. 4. F. 787

Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Stimmungs-Konzerte. 7540

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck
(7564

Mitglieder-Versammlung
am Dienstag, 16. Oktober
abends 7½ Uhr,
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:
1. Bezirksverhandlungen.
2. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Hansa-Theater.
Täglich 7½ Uhr abends:
Der große Wiener Operettenerfolg
„Die Försterchristl"
Operette in 3 Akten von Jarno
mit **Hertha Witt** in der Titelrolle. (7598

Stadttheater Lübeck.
Mittwoch, 7,30 Uhr: **Tiefland.** (7583
Donnerstag, 7,30 Uhr: **Der blaue Heinrich.**

Lübecker Volksbote

1. Beilage. Dienstag, 16. Oktober 1923. Nummer 242.

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 16. Oktober.

An die Leidvollen!

Ich denk an Euch, — die Ihr verlassen seid,
Die Ihr im dünn zerwehten Kleid,
An kalten Straßenecken steht, —
Wo jeder fremd an Euch vorübergeht!

Ich denk an Euch, die Ihr da Mütter seid,
Die Ihr in diesen dunklen Tagen,
Müht müde, mit gebeugten Stirnen,
„Das Kreuz nach Golgatha" zu Ende trag.

Ich denk an Euch, Ihr blassen Kinder,
Die Ihr in engen, dumpfen Räumen
Vergebens nach der Sonne sucht. —
Und nur, von deutscher Not müht träumen!

Ich denk an Euch, — Ihr armen Alten,
Die Ihr die Hände flehend hebt —
Und um Erbarmen bittet — gebt —
Wer neigt sich nicht, vor Eurem Händefalten!

Hanna Hückstädt.

Besonnenheit!

Es gehört nicht besonders viel Nachdenken dazu, um den jetzt besonders propagierten Unsinn zu kennzeichnen, der in der Forderung einer Arbeiter- und Bauernregierung liegt, da die Bauern fast durchweg den reaktionären Parteien angehören. Trotzdem wird von den Kommunisten diese Parole ausgegeben. Also die sozialistische Arbeiterschaft soll die politische Macht mit den deutschnationalen Bauern teilen!! Davon versprechen sich die Kommunisten für die Arbeiterschaft alles Heil. Man braucht die Dinge nur richtig zu betrachten, und sofort stellt sich die Unsinnigkeit der kommunistischen Parolen heraus. Genau so ist es mit der Parole des politischen Generalstreiks. Wir sind selbstverständlich nicht Gegner eines solchen Streiks. Er muß aber zur rechten Zeit in Anwendung kommen. Wenn sich im Lande die Faschisten erheben, wenn sie die politische Macht auf dem Wege eines Aufstandes zu erreichen suchen, dann muß natürlich die Arbeiterschaft in den Generalstreik treten. Wenn es nach den Kommunisten gegangen wäre, dann befände sich die Arbeiterklasse bereits in diesem Streik. Ein solcher Kampf kostet heute gewaltige Opfer; er stellt die größten Anforderungen an die Arbeiter, an Frauen und Kinder. Möglich, daß darüber ein kommunistischer Führer noch nicht ernstlich nachgedacht hat. Gewissenlos wäre es, die Arbeiter ohne Not zu einem Generalstreik aufzufordern. Sie würden in kurzer Zeit wirtschaftlich und damit körperlich wie seelisch erschöpft sein, und wenn dann die Faschisten anrücken würden, könnten ihnen die Arbeiter nicht mehr den erforderlichen Widerstand leisten. Mögen die Arbeiter in den Betrieben die kommunistischen Wortführer auf diese Bedenken aufmerksam machen. Mehr Besonnenheit muß auch in kommunistischen Kreisen einkehren. Die kommunistischen Parolen müssen auf ihre Durchführbarkeit, auf ihre Notwendigkeit, auf ihre Nützlichkeit geprüft werden. Unbesonnenheiten können heute den schwersten Schaden anrichten und nur den Faschisten Nutzen bringen!!

Die lübeckische 6prozentige Schwedenkronenanleihe. Der lübeckische Staat gibt in diesen Tagen eine wertbeständige Anleihe heraus, die von einem Bankkonsortium unter Führung der Kommerz-Bank in Lübeck auf den Markt gebracht wird. Die Ankündigung wird im heutigen Inseratenteil veröffentlicht. Die Anleihe lautet über 2 Millionen Schwedenkronen, vorläufig wird jedoch nur ein Teilbetrag von 1 Million Kronen aufgelegt. Die Stücke lauten über 20 bis 1000 Schwedenkronen; die Verzinsung beträgt 6 Prozent. Der Zeichnungspreis beträgt 94 Proz. bei Einzahlung in hochwertigen Valuten und 97 Proz. bei Einzahlung in Reichsmark. Die Umrechnung der Reichsmark erfolgt bei Zeichnungen, die bis 12 Uhr mittags eingehen, zum Hamburger Durchschnittskurs auf Stockholm des gleichen Tages, bei den nach 12 Uhr eingehenden Zeichnungen zum entsprechenden Kurs der nächsten Notiz; die Bezahlung des gezeichneten Betrages hat bis 11 Uhr vormittags des auf die Zeichnung folgenden Werktages zu erfolgen. Die Verzinsung der Anleihe ist ganz besonders günstig, weil der Zinsberechnung der Kurs für Schwedenkronen vom Tage vor dem Verfalltag zugrunde gelegt wird, während bekanntlich bei den meisten anderen Anleihen ein Durchschnittskurs gewählt ist, welcher dem Geldwert am Verfalltage in Zeiten fortschreitender Geldentwertung nicht entspricht. Für die Anleihe haftet der lübeckische Staat mit seinem gesamten Vermögen und seinen Einnahmen. Er besitzt ausgedehnten Grundbesitz, insbesondere Güter, und rund 3000 Hektar umfassende Forsten, deren Wert 1914 auf rund 66 Millionen Goldmark geschätzt wurde. Zur Durchführung des Anleihedienstes wird der lübeckische Staat für die Erhebung ausreichender Steuern, Abgaben und Gebühren in Goldmark Sorge tragen. Er erhebt bereits Schiffahrtsabgaben in Gold, deren Ertrag zusammen mit den Domänenpachten und den Einnahmen aus den Forsten die Anforderungen des Anleihedienstes erheblich übersteigt. Der Erlös der Anleihe ist für die Schaffung werbender Anlagen, besonders solcher, welche Handel und Schiffahrt dienen, bestimmt. Die Anleihe ist mündelsicher, ihre Einführung an der Hamburger Börse ist beabsichtigt.

Wilde Sammlungen von Erwerbslosen. Vom Polizeiamt wird uns geschrieben: Der Ortsausschuß der Gewerkschaften Lübecks hat beschlossen, daß Zuwendungen für die Erwerbslosen sowohl von seiten der Landwirtschaft, als auch des Kleinhandels, der Privaten usw. an eine Zentralstelle zu richten sind, nämlich an das Gewerkschaftssekretariat im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 48, oder an das Wohnungsamt, Untertrave. Damit soll erreicht werden, daß Gelder und Gaben gleichmäßig an die Erwerbslosen zur Verteilung gelangen. Trotzdem werden dem Polizeiamt tagtäglich Beschwerden unterbreitet, daß einzelne Trupps von Erwerbslosen in Ladengeschäfte gehen und dort unter Drohungen Zuwendungen an Waren oder Geld verlangen. Das Polizeiamt weist zum letztenmal darauf hin, daß solches völlig unstatthaft ist und daß unnachsichtlich dagegen eingeschritten werden wird, wenn sich solche Fälle wiederholen. Auch wird dadurch die Gebefreudigkeit nur beeinträchtigt und ferner ist keine Gewähr dafür vorhanden, daß die erhaltenen Waren tatsächlich auch Bedürftigen zuteil werden. So ist z. B. am Sonnabend ein Trupp von Erwerbslosen in zwei Krämereien der Beckergrube eingedrungen und hat dort unter Drohungen erreicht, daß ihnen sowohl Haferflocken als auch Wurstwaren und Geld verabfolgt wurden. Die betroffenen Gewerbetreibenden, die kein Telephon besaßen, konnten nicht rechtzeitig die Polizeiorgane benachrichtigen. Den Erwerbslosen ist mit diesem Vorgehen sicher nicht gedient, sondern es kann ihnen nur daran liegen, daß eine ordnungsmäßige Verteilung durch die zuständige Stelle, nämlich die Gewerkschaften, erfolgt. Bei Zuwiderhandlungen haben sich die Erwerbslosen dann selbst zuzuschreiben, wenn die Polizeiorgane rücksichtslos einschreiten. Das Polizeiamt hofft, daß dieser Hinweis genügt, um diesen ungesetzlichen Zuständen endlich ein Ende zu bereiten.

Die Lebensmittelpreise

halten sich gegenwärtig auf der exorbitanten Höhe der letzten Woche. Abweichungen sind bei dem schwankenden Dollarkurs nur vereinzelt zu verzeichnen. Der Milch- und Butterpreis bleibt vorläufig unverändert. Einen großen Sprung nach oben machte der Brotpreis. Das Markenbrot ist verschwunden, und jetzt muß auch der Aermste für ein Brot etwa 350 Millionen Mark mehr bezahlen. Die Scheiben werden alle in so vielen Familien dünner und tausendfach wird man auf das Hauptnahrungsmittel ganz verzichten müssen. In Lübeck wurde für Fein- und Grobbrot ein Einheitspreis von 400 Millionen Mark festgesetzt. Nach den Hamburger Preisen steht Lübeck günstiger da. Das Lübecker Grobbrot wiegt etwa 4 Pfund, das mit einem Drittel amerikanischem Weizenmehl gemischte Feinbrot 3 Pfund. In Hamburg kostet das 1700 resp. 1600 Gramm schwere Einheitsbrot 560 Millionen Mark, in Berlin ein 4 Pfund schweres Brot 480 Millionen Mark. Bei den unzulänglichen Löhnen, der großen Erwerbslosigkeit und den vielen Kurzarbeitern ein schwacher Trost. Es wird allerhöchste Zeit, daß wir stabilere und bessere Verhältnisse bekommen.

Erwerbslosenunterstützung für die Ortsklasse B.

Die Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung betragen für die Woche vom 10. bis 16. Oktober wochentäglich für die Ortsklasse B: für männliche Personen, wenn sie nicht im Haushalt eines anderen Leben, 155 Millionen Mark. Lebt die unterstützungsberechtigte Person in einem fremden Haushalt, so reduzieren sich die Sätze auf 120 Millionen Mark. Personen unter 21 Jahren erhalten 90 Millionen Mark. Für weibliche Personen über 21 Jahre mit eigenem Haushalt betragen die Sätze 120 Millionen Mark; sie verringern sich für Personen ohne eigenen Haushalt auf 100 Millionen Mark. Die Unterstützungen für weibliche Personen unter 21 Jahren belaufen sich auf 70 Millionen Mark. Die Familienzuschläge für den Ehegatten wurden auf 55 Millionen, für Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige auf 45 Millionen Mark erhöht.

Die Krankenziffern im September.

56 Personen an Fleischvergiftung erkrankt.

Der Gesundheitszustand der Lübecker Bevölkerung im September war günstig. Ansteckende Krankheiten sind nur in geringer Zahl zur Anmeldung gekommen: Masern 10, Scharlach 3, Diphtherie 2, Typhus 5 Fälle. Von diesen Erkrankungen ist nur ein Typhusfall tödlich verlaufen. Auch die Tuberkulose forderte weniger Opfer als sonst, im ganzen 10 Fälle, 6mal durch Lungentuberkulose, 4mal durch Darm- oder Bauchfelltuberkulose. Betrübend ist die verhältnismäßig große Zahl von Todesfällen, die durch Fehlgeburten veranlaßt worden sind, nämlich 4 Todesfälle, zweimal durch Wundstarrkrampf, einmal durch Sepsis bedingt. Leider war zum erstenmal wieder seit 1913 im verflossenen Monat eine größere Zahl von Fleischvergiftungen zu konstatieren, im ganzen 56 Fälle, die durch Genuß von Hackfleisch, das aus einer Pferdeschlachterei bezogen war, veranlaßt worden sind. Glücklicherweise waren keine Todesfälle zu verzeichnen, doch blieb in mehreren Fällen nach den anfänglich stürmischen Krankheitserscheinungen noch anhaltende Schwäche zurück.

Die Bedachtsamkeit, mit der Polizeibehörde und Gesundheitsamt der Lübecker Bevölkerung von den Massenfleischvergiftungen Kenntnis geben, ist bewundernswert. Wenn 56 Personen erkranken, so wird diese Tatsache stillschweigend umgangen und nach vergessener Zeit „statistisch festgestellt". Das ist denn doch die Höhe. Die Behörden berichten doch sonst jeden Quark in unausstehlicher Breite!

Universitätswoche.

In dem Programm der Universitätswoche mußte eine Aenderung vorgenommen werden; Dr. Weinhandl, der über neue Wege der Lebensgestaltung sprechen wollte, wird von einer ins Ausland unternommenen Vortragsreise nicht rechtzeitig zurück sein können. An seiner Stelle wird Professor Freyer sprechen und zwar über das wichtige Thema Kultur und Staat; die bereits für den Vortrag Weinhandl genommenen Karten sind für den neuen Vortrag gültig oder können zurückgegeben werden.

Ein besonderes Interesse wird Kauffmanns Vortrag über Romantik finden; denn es mehren sich die Zeichen der Zeit, die von der öffentlichen Meinung Deutschlands dahin gedeutet werden, daß eine neue Welle romantischen Denkens und Fühlens, Wollens und Schaffens unser Vaterland errege. Auf den Goethekult der Jahrhundertwende ist eine sich steigende Huldigung an die führenden Geister der deutschen Romantik gefolgt. In seinen Vorlesungen wird Prof. Dr. Kauffmann über das Wesen der deutschen Romantik Aufklärung geben. Es kann sich dabei nicht um jene populäre Form deutscher Romantik handeln, die durch Mor. v. Schwind, Eichendorff, Schumann repräsentiert wird. Diese Epigonen bilden den Ausklang einer Geistesbewegung, die auf ihre ursprünglichen Kräfte geprüft sein will, wenn die Blütezeit der deutschen Romantik vor unsern Augen sich entfalten soll. Die schöpferischen Meister der Epoche werden im Mittelpunkt der akademischen Vorträge des Kieler Gelehrten stehen, d. h. in der Musik wird Beethoven, in der Malerei der Hamburger Runge, in der Poesie werden Hölderlin und Novalis zu nennen sein. Aber die vielfältig sich zerteilenden Einzelschöpfungen fordern, um sie zu verstehen, eine Begründung aus dem Gesamtkunstwerk der Romantik. Die Grundierung des Zeitgemäldes wird Veranlassung geben, Fichte und Schaling Schleiermacher und die Brüder Schlegel zu würdigen und ihre geistesgeschichtliche Bedeutung für unsere Gegenwart ersichtlich zu machen.

Auf der Spur der Mädchenhändler.

Aus Berlin wird gemeldet: An der holländischen Grenze bei Emmerich wurde ein Mädchenhändler von dem holländischen Grenzkommissar angehalten und der deutschen Behörde übergeben. Seine Begleiterin wurde nach Emmerich zurückgeschickt. Der Mädchenhändler hat gestanden, daß er im Laufe des Sommers 50 Mädchen nach Holland gebracht hat. Ferner ist ein Brief aus Hamburg aufgefangen worden, aus dem hervorgeht, daß von dort aus Mädchen, zum Teil unter Anwendung von Chloroform, nach Amerika verschleppt worden sind.

In dem von einer Berliner Zentralstelle aufgefangenen Brief, der in einem guten Hotel in Hamburg geschrieben worden ist, heißt es: „Die fünf Mädchen sind gut angekommen und gesichert. Sie sind unterwegs nach Neuyork. Im Hafen von Hamburg wimmelt es von Polizisten. Nach mühsamer Arbeit haben wir sie aufs Schiff gebracht, zwei hätten uns durch ihr Weinen bald verraten, aber Du weißt ja, daß Chloroform gut wirkt. Bill ist verhaftet worden, Jonny ist an seiner Stelle. Ich habe die Mädel nach San Francisco Blue Bird gebracht, da können sie nach Vater und Mutter schreien, so viel sie wollen. Wenn Du wieder Ware hast, so bringe sie nach Hamburg zur Mädchenbörse. Sollte die Polizei auf Dich aufmerksam werden, so verschwinde nach Bremen. Der Scheck über eine Million Dollar folgt nach. Sollten die Mädels sich sträuben, so bringe sie dahin, wo ich sagte. Dort werden sie schon zur Vernunft kommen."

Lübecker Teuerungsziffern.

647,4 Prozent Steigerung.

Den Berechnungen des Statistischen Landesamtes liegt die vom Reich nach Art und Menge einheitlich festgesetzte Normalration von Lebensbedürfnissen für den vierköpfigen Bedarf einer fünfköpfigen Familie zugrunde. Die Teuerungszahl selber stellt die Geldmenge dar, die zur Beschaffung dieser Lebensbedürfnisse erforderlich ist. Die Inderziffer dagegen gibt den Grad der Teuerung an, d. h. um wieviel zurzeit der Kostenbetrag für die vorgenannte Normalration höher ist als im Durchschnitt der Jahre 1913/14.

Die auf Grund der Preisermittelung vom 15. Oktober 1923 berechneten Teuerungsziffern stellen sich folgendermaßen:

	Teuerungszahl Mark	Inderziffer (1913/14=1)
Ernährung	49 397 333 334	901 082 330
Heizung	8 004 000 000	1 431 842 576
Beleuchtung	1 950 000 000	924 170 116
Wohnung	369 128 245	20 507 125
Bekleidung	15 581 538 462	1 172 425 768
Lebenshaltungskosten		
ohne Bekleidung	59 720 461 579	741 684 818
mit „	75 302 000 041	802 707 601

Die gesamten Lebenshaltungskosten in Lübeck sind gegenüber der Vorwoche um 618,7 % gestiegen. Ohne die Bekleidungskosten beträgt die Steigerung 647,4 %. Die Ernährungskosten allein sind um 683,1, die Brennstoffe um 546,0, die Beleuchtungskosten um 465,2, die Wohnungsmiete infolge Erhöhung der Abgaben um 275,6 und die Bekleidungskosten um 526,8 Prozent in die Höhe gegangen.

Erhöhte Eisenbahn- und Posttarife.

Vom 18. Oktober ab werden die Schlüsselzahlen für die Eisenbahntarife im Personenverkehr 600 und im Güterverkehr 1000 Millionen betragen. Die Steigerung der Schlüsselzahlen ist die Folge der Markverschlechterung der vergangenen Woche. Die Herabsetzung der deutschen Kohlenpreise wirkte bei Bestimmung der Schlüsselzahlen verbilligend ein. Sie konnte aber nur von geringem Einfluß sein, da die Reichsbahn infolge der nach wie vor unverändert bestehenden Abschließung des Ruhrgebiets ganz überwiegend auf ausländische Kohlen angewiesen ist.

Vom 20. Oktober ab kostet eine Postkarte im Ortsverkehr 2 Millionen, im Fernverkehr 4 Millionen, Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 4 Millionen, im Fernverkehr 10 Millionen. Drucksachen bis 25 Gramm 2, bis 50 Gramm 4, bis 100 Gramm 6 Millionen.

Die Macht der Zeitungsanzeige.

Das Ende des langen Zeitungsstreiks, der in Neuyork geherrscht hat, ist von niemandem mit größerer Freude begrüßt worden als von den Kaufleuten und Bankiers. Die Neuyorker Geschäftswelt ist sich darüber einig, daß sie durch das Nichterscheinen der Zeitungen ungeheure Verluste erlitten hat. Es war ihnen einfach nicht möglich, mit ihren Kunden in dauernder Beziehung zu bleiben, **und das Fehlen der Anzeigen wirkte äußerst ungünstig auf den Besuch der Geschäfte.**

Für die Wichtigkeit der Annoncen ist die Tatsache bezeichnend, daß an jedem Wochentag für etwa 260 000 Dollar in den Neuyorker großen Zeitungen annonciert wird, und an jedem Sonntag für über 400 000 Dollar. Am ersten Tage nach dem Streik hatte die Neuyorker „Times" 286 Spalten Anzeigen in ihrer Ausgabe von 48 Seiten; sie mußte aber noch 500 Spalten mit Anzeigen, die für die erste Ausgabe aufgegeben waren, zurückstellen. Die großen Geschäfte und Bankhäuser haben alles mögliche versucht, um die Zeitungsanzeigen zu ersetzen. So wurden in die Schaufenster große Tafeln gestellt, die die Anpreisungen enthielten; die Wände der Geschäftshäuser waren über und über mit Plakaten bedeckt. Man schickte große Kolonnen von Leuten durch die Straßen, die Reklame-Plakate herumtrugen. Ein großes Warenhaus entschloß sich sogar dazu, eine eigene tägliche Zeitung herauszubringen, die nur Anzeigen enthielt, und diese Zeitung wurde unentgeltlich auf den Straßen und in den Zeitungsbuden verteilt. Andere Geschäfte schickten jeden Tag durch die Post Ankündigungen an ihre Kunden, und als diese Aufforderungen nicht genügend zogen, schickte man sogar Telegramme und eilige „Nachtbriefe" in die Häuser, um zu den billigen Ausverkäufen einzuladen.

All diese Anstrengungen, die Käufer herbeizulocken, hatten aber nicht den Erfolg, den eine einzige Zeitungsanzeige sonst aufweist. Die Frauen vermißten besonders viel die Anzeigen, die sie in der Zeitung finden, und aus denen sie sich das ihnen Zusagende heraussuchen können. Großen Vorteil hatten die Geschäfte in den Vorstädten von dem Streik, da die Vorstadt-Zeitungen weiter erschienen und sie ihre Ausverkäufe anzeigen konnten. Viele Geschäftsfirmen annoncierten in den Blättern von Philadelphia, weil diese auf dem schnellsten Wege nach Neuyork gebracht und viel gekauft wurden.

Die Zentrale für private Fürsorge stellt ihre Sammeltätigkeit jetzt unter das Abzeichen Z. P. F. und bittet ihr reichlich Gaben für ihre Abteilung Altershilfe und Jugendhilfe möglichst direkt zuzuwenden. Man bedenke, daß jetzt ein Brot 400 Millionen kostet. Die amtliche Fürsorge reicht bei diesen Preissteigerungen nicht im entferntesten aus und es gibt in Lübeck 2500 alleinstehende unterstützungsberechtigte alte Leute die keine unterstützungsfähige Angehörige haben. Dieselben sind nicht in der Lage sich in dieser Woche das trockene Brot zu kaufen von dem Fett dazu ganz zu schweigen. Schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe. Gebe jeder, der es sich leisten kann, ein halbes Brot oder den Gegenwert 200 Millionen an die Z. P. F. und die alten brauchen nicht mehr zu darben. Die Z. P. F. ist überhaupt in der Lage alle ihre zugeteilten Spenden an demselben Tage zu verteilen und den Wünschen der Spender in jeder Weise nachzukommen. Spenden sind zu richten Johannisstraße 49.

Im Hansa-Theater rührte und belustigte am Sonnabend nach längerer Zeit wieder einmal Jarnos „Försterchristel" das zahlreiche Publikum. Eigentlich paßt die Geschichte von dem edlen Kaiser und der braven Försterstochter aus dem Wiener Wald garnicht mehr in die rauhe republikanische Gegenwart, aber dennoch bewunderten harmlose Gemüter die sagenhafte monarchische Güte, Milde und Gerechtigkeit des Operettenfürsten nach Gebühr und wohl einige auch mit stiller Wehmut über entschwundenen Glanz und Flitter. Guter Geschmack würde solchen Kitsch anders bewerten. Die Musik ist nicht ungefällig und enthält manche sang- und tanzbare Melodien. Als „Försterchristel" war Herta Witt frisch und resolut, ein Mädel mit dem Herzen

und Mund auf dem rechten Fleck. Für den Schneider Walpert brachte Herr Vahl ergötzliche Beweglichkeit und trockenen Humor mit. Weiter sei noch Herr Wolf hervorgehoben, der eine Hofschranze mit steifleinener- komischer Grandezza auf die Bühne stellte. Von den übrigen Mitwirkenden muß gesagt werden, daß sie nur bescheidenen Ansprüchen zu genügen vermochten; namentlich auch in gesanglicher Beziehung. Nichtsdestoweniger fand die Vorstellung eine sehr beifällige Aufnahme.

wb. **Stadthallen-Lichtspiele.** Felicitas Grolandin mit Hella Moja in der Titelrolle, versetzt die Besucher in die Zeit des 30jährigen Krieges, als der Schwedenkönig Gustav Adolf den „Retter aus Glaubensnot" in Deutschland spielte. Die Nichte des Nürnberger Bürgermeisters, Tochter eines in schwedischen Diensten stehenden Obersten ist so für Gustav Adolf begeistert, sie mit Männerkleidern angetan, als Page in dessen Dienste tritt. Nach mancherlei Episoden aus dem Lager- und Landsknechtsleben — auch herrliche Aufnahmen aus Bamberg und Nürnberg sind in den Bildern vertreten — läßt das junge Mädchen schließlich ihr Leben auf dem Schlachtfelde für den Schwedenkönig, um sein eigenes zu retten. Der zweite Hauptfilm „Die Kette klirrt" von Werner v. Ostéren klirrt nicht besonders erfreulich. Es ist der üble Gesellschaftsroman. Der edle Jüngling tritt für das Verbrechen einer Geliebten ein. Nach verbüßter Strafe findet er sie in den Armen eines Anderen. Ein Kind ist auch schon da. In schönem Wahnwitz löst sich die Geschichte. Ein dramatisch gemimtes Grubenunglück ist auch dabei. Darstellerisch sind alle Beteiligten, besonders aber die mütterliche Frieda Richard zu loben.

Inserat und Hausfrau. Sonderbarerweise hört man bisweilen in der Käuferschaft die Ansicht aussprechen: Die Zeitungsannoncen verteuern die Ware. — Nichts falscher als das! Das Inserat hat den Zweck, auf vorteilhafte Einkaufsmöglichkeiten hinzuweisen; es bringt dem Kaufmann die Kundschaft ins Haus, die Solidität seiner Ware erhält sie ihm und schafft ihm einen dauernden Kundenkreis, den zufriedenzustellen sein aufrichtiges Bemühen sein wird. Der Geschäftsmann, der bestrebt ist, sein Geschäft auszubauen, hat längst erkannt, daß dieses Ziel ohne eine wirksame, seinen Zwecken angepaßte Zeitungsreklame nicht zu erreichen ist. „Wie soll die Welt wissen, was ich ihr zu verkaufen habe, wenn ich es ihr nicht sage?" sagt der große amerikanische Kaufmann Vanderbilt, und ihm dürfen wir glauben, daß er recht hat. Im Inseratenteil der Tagespresse spiegelt sich das Geschäftsleben ab, von der größten Reklame des bedeutendsten Kaufhauses bis zum einfachen Krämer, der seinen besten Waschmittelvorrat Persil anpreist. Gute Reklame steigert den Umsatz und setzt den Geschäftsmann in die Lage, in größeren Mengen preiswert einkaufen und dadurch seine Kundschaft vorteilhafter bedienen zu können als sein weniger rühriger Konkurrent. Die Ausgaben für Zeitungsanzeigen belasten erwiesenermaßen die Ware in kaum nennenswerter Weise. Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte wird auch die kritischste Hausfrau zu einer gerechten Würdigung des allgemeinen Nutzens der Insertion gelangen und klugerweise das Inserat, diesen gegebenen Mittler zwischen Geschäftsmann und Verbraucher, zum Nutzen ihrer Wirtschaftskasse zu verwerten wissen.

Aus dem Polizeibericht. Wegen Verbrechens gegen § 176 Abs. 3 (unzüchtige Handlungen an Kindern unter 14 Jahren) des R. St. G. B. wurde ein in der Marlesgrube wohnhafter Produktenhändler festgenommen. — Als besondere Liebhaber für Schokolade erwiesen sich ein Dienstmädchen, ein Schiffsjunge und ein Bäcker aus Stockelsdorf. Das Mädchen war bei einem in der Johannisstraße wohnhaften Geschäftsmann in Stellung gewesen, der auf seinem Hausboden eine größere Menge Schokolade verwahrte. Von dieser Schokolade verschwanden nach und nach ganze Kartons im Werte von mehreren Milliarden. Diese gestohlen zu haben, steht das Mädchen im dringenden Verdacht. Die Ermittlungen ergaben, daß ein im langen Lohberg wohnhafter Krämer die Schokolade von einem Bäckergesellen aus Stockelsdorf gekauft hatte, dessen Bruder in dem Hause des Bestohlenen wohnt. Letzterer gab an, die Schokolade teils gestohlen, teils von dem Mädchen geschenkt erhalten und an seinen Bruder zum Verkaufe weitergegeben zu haben. Die Schokoladendiebe wurden verhaftet, während gegen den Krämer Anzeige wegen Hehlerei erstattet wird. Die Schokolade konnte zum größten Teile dem Bestohlenen zurückgegeben werden. — Einem Anwohner in Siems wurde ein 10 Wochen altes Ferkel aus dem Stalle gestohlen. Die Ehefrau des Bestohlenen sah zwar wie der Dieb das Schwein in einen Sack steckte und davontrug, war aber nicht in der Lage, den Dieb festzuhalten. — Aus einer Gartenbude in der Tristtstraße wurden drei Rohrstühle, eine Baumsäge, ein leinener Rock und eine Luftbüchse gestohlen. — Ein Fahrrad schwedischer Marke ist aus einem Hause der Breiten Straße gestohlen worden.

Hamburg. Parteibeiträge. Der Parteivorstand hat mit der Versammlung der Parteivertrauensleute beschlossen, daß für die zweite Oktoberhälfte weitere 4 Marken a 10 Millionen für Männer, 4 Marken a 2 Millionen für Frauen erhoben werden sollen.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Sozialdemokr. Verein, Ortsgruppe Travemünde. Donnerstag, den 18. Oktober, nachmittags 5 Uhr im Kolosseum: Mitglieder-Versammlung. Redner: Gen. Wolfradt.

Sozialdemokr. Frauen, Abt. Marli. Donnerstag, den 18. Oktober, abends 7½ Uhr in der Schule Heinrichstr.: Versammlung. Redner Gen. Alfred Dreger.

Stadttheater. Mittwoch: Tiefland. Donnerstag: Erstaufführung des lustigen Schwanks „Der blaue Heinrich".

Angrenzende Gebiete.

F. **Stockelsdorf.** Die Gemeinderatssitzung hatte keine große Tagesordnung, aber einschneidende Beschlüsse sollten gefaßt werden. Die Grund- und Gebäudesteuer mußte in 2. Lesung beschlossen werden, und zwar der zweifache Betrag der Grundsteuer und ein Zehntel der Gebäudesteuer multipliziert mit der jeweiligen Reichsmeßzahl. Der Beschluß von der 1. Lesung hat 14 Tage ausgelegen, Einwendungen sind von keiner Seite — auch nicht seitens der KPD. — erhoben, obwohl der kommunistische Vertreter gegen die Erhebung der Steuer sprach. Die Steuer ist für die Gemeinde bestimmt und soll hierfür Feuerung für die Armenanstalt und die Schulen angeschafft werden. Die Regierung hatte es abgelehnt, für Anschaffung von Feuerung für die Schulen Anleihen aufnehmen zu dürfen. Sollen die alten Leute in der Armenanstalt und die Kinder in den Schulen nicht frieren, so mußte man wohl oder übel dieser Steuer zustimmen. — Als nächster Punkt fand über die Weitergewährung der Lernmittelfreiheit in den Schulen eine rege Aussprache statt. Vom Gemeindevorsteher wurde mitgeteilt, es sei kein Geld in der Gemeindekasse, um noch Lernmittel anzuschaffen, die Grund- und Gebäudesteuer reiche bei weitem nicht für Feurung aus. Das Geld, welches vom Finanzamt Eutin eingeholt sei, reiche nicht für die laufenden Ausgaben in einer Woche. Die Abstimmung über die Lernmittelfreiheit wurde ausgesetzt und soll in der nächsten Sitzung nochmals verhandelt werden. — Von der sozialdemokratischen Fraktion sind diverse Anträge gestellt, die an die Regierung und an das Ministerium in Oldenburg gehen sollen. Arbeitsbeschaffung von seiten der Regierung, auch die Gemeinde will Arbeit beschaffen und will zu diesem Zweck mit den Anliegern der Barger Aue verhandeln zwecks Gradlegung der Aue. Bisher hatte sich ein großer Teil der Anlieger geweigert, die Arbeit machen zu lassen. Das Ministerium in Oldenburg soll bei der Reichsregierung beantragen, daß für die südlichen Gemeinden für die Erwerbslosen die Wartezeit auf drei Tage herabgesetzt werden und daß die Erwerbslosenunterstützung nach Klasse A erfolgen soll. Hoffentlich wenden sich die übrigen südlichen Gemeinden in demselben Sinne an Regierung und Ministerium. Außerdem hatten unsere Genossen beantragt, einen Aufruf und Sammlungen für die Erwerbslosen vorzunehmen und zwar in der hiesigen und den angrenzenden Gemeinden. Der Gemeindevorsteher erklärte, es seien schon Sammlungen in Vorbereitung, sodaß Einzeichnungen jetzt schon gemacht werden könnten. Die Sammlungen und Zeichnungen sollen dauernd fortlaufen. Für die Verteilung ist der Pflegeausschuß vorgesehen, der zu diesem Zweck erweitert wurde durch zwei Mitglieder der Gewerkschaften, einen Erwerbslosen, ein Mitglied des Erwerbslosenrats und einen Landmann. — Ein Antrag der Erwerbslosen auf Mieteunterstützung mußte zurückgestellt werden, weil kein Geld vorhanden ist. Die Gemeindevertretung beschloß in dieser Sache nochmals bei der Regierung persönlich vorstellig zu werden, weil dieser Antrag von der Gemeinde schon vor vier Wochen bei der Regierung eingereicht wurde und der Gemeinde keine Antwort zuteil geworden ist. Als Vertreter der Arbeiterschaft persönlich bei der Regierung vorstellig zu werden, wurde der Genosse Heinr. Fick bestimmt. Die Uhr zeigte auf nachts 12 Uhr und die Reihen der bürgerlichen Vertreter lichteten sich merklich, so daß keine Beschlüsse mehr gefaßt werden konnten.

Hamburg. Der Aktionsausschuß gescheitert. Der Ortsausschuß gibt über die fortgesetzten Verhandlungen zur Herstellung einer proletarischen Einheitsfront einen Bericht heraus, in dem es heißt: Es ist dem Ortsausschuß in der am Sonntag stattgefundenen mehrstündigen Verhandlung nicht gelungen, die Verständigung zwischen den politischen Parteien herbeizuführen. Es war von keiner politischen Partei die Aufgabe grundsätzlicher Anschauungen, sondern lediglich die Zurücksetzung grundsätzlicher Anschauungen zur Verstärkung der politischen und wirtschaftlichen Front der Arbeiter, Angestellten und Beamten gefordert worden. Die Kommunistische Partei und mit ihr bedingt die Unabhängige Sozialdemokratische Partei verlangten von der VSPD. ein Eintreten für die Aufhebung des sachen beschlossenen Ermächtigungsgesetzes. Das lehnte die VSPD. mit der Begründung ab, daß dieses Ermächtigungsgesetz auch dem Schutze der Republik diene. Der Ortsausschuß erklärte demgegenüber, daß er unter Ausschaltung der Frage des Ermächtigungsgesetzes bereit sei, mit allen politischen Parteien den entschiedensten Kampf gegen die weitere wirtschaftliche und politische Verelendung und für die Hebung der Lage der Arbeiterklasse einzuleiten, und daß es angesichts des wirtschaftlichen Druckes auf alle minderbemittelten Bevölkerungsschichten darauf ankäme, unter Hintansetzung der parteipolitischen Auffassung die zu einem solchen Kampfe erforderliche Einheit zu sichern. Auch dieser Hinweis vermochte eine Ueberbrückung der Gegensätze unter den politischen Parteien nicht herbeizuführen. Der Ortsausschuß wird auch durch die am Sonntag gescheiterten Verhandlungen seine Bemühungen zur Herstellung der politischen Einheitsfront nicht aufgeben, um so mehr, als alle politischen Parteien sich bereit erklärten, zur Erhaltung der sozialpolitischen Rechte bezw. zur Abwehr von Verschlechterungen von Arbeiterrechten, mit dem Ortsausschuß zu beraten. — Erläuternd wird hierzu bemerkt: Nach längerer Beratung über die ersten drei Punkte, bei der es sich namentlich um das Eintreten für den Schutz der Republik und die Stellung zur Weimarer Verfassung handelte, verlangten die Vertreter der Kommunistischen Partei bündige Erklärung darüber, ob die VSPD. bereit sei, sofort den Kampf aufzunehmen gegen jede Verlängerung des Achtstundentages, gegen das Ermächtigungsgesetz, gegen die Militärdiktatur und den Ausnahmezustand, und ob sie gewillt sei, zur Durchführung dieses Kampfes den Generalstreik vorzubereiten. Die Vertreter der Sozialdemokratie gaben dazu folgende Erklärung ab: „Die Sozialdemokratie befindet sich in dauerndem Kampfe für Erhaltung des Achtstundentages, der sozialen und politischen Rechte der Arbeiterschaft. Sie ist bereit, bei jedem Angriff auf solche Rechte über die zu ergreifenden gemeinsamen Maßnahmen mit dem Ortsausschuß und den andern politischen Arbeiterparteien zu verhandeln. Die Sozialdemokratie hat für das Ermächtigungsgesetz gestimmt und wird jetzt nicht Kampfmaßnahmen dagegen unternehmen." Die Vertreter der KPD. waren von dieser Erklärung nicht befriedigt, sie betonten aber, daß sie einen völligen Abbruch der Verhandlungen nicht wünschten, sondern sich im gegebenen Fall wieder bereit finden würden, über gemeinsame Abwehrmaßregeln zu beraten.

Hamburg. Die Hamburger Sozialdemokratie zur Lage im Reich. In außergewöhnlich starkbesuchter Versammlung der Vertrauensleute der SPD. wurde nach Entgegennahme des Berichts von der Parteiausschußsitzung in Berlin und lebhafter Aussprache die nachstehende Entschließung mit allen gegen 2 Stimmen angenommen: „Die Vertrauensmännerversammlung der sozialdemokratischen Parteiorganisation erklärt zur politischen Lage, daß sie, wie der Parteiausschuß in Berlin, die schwerwiegenden Gründe gewürdigt, die die Reichstagsfraktion bestimmten, der Aufrechterhaltung der Koalition zuzustimmen. Sie verlangt von der Fraktion und den Regierungsmitgliedern geschlossenes Eintreten für die sofortige Herbeiführung einer wertbeständigen Währung, für die Sicherung der Brot-, Kartoffel- und Kohlenversorgung der Bevölkerung und für ein vom Stinnesgeist freies Produktionsprogramm, das die deutsche Wirtschaft zur Gesundung bringt. Zum Schluß erklärte die Versammlung, daß es angesichts der gewalttätigen Reaktion in Bayern und angesichts der dunklen landesverräterischen Unternehmungen der arbeiterfeindlichen Schwerindustrie unverantwortlich ist, wenn jetzt Meinungsgegensätze von Minderheit und Mehrheit in so undisziplinierter und zügelloser Weise ausgetragen werden, wie es in verschiedenen Teilen des Reiches geschieht. Sie ruft die Hamburger Parteigenossenschaft auf, alle Kräfte einzusetzen für die Einheit und Geschlossenheit der Partei.

Kiel. Schiffszusammenstoß im Nordostseekanal. In der Nähe von Kiel stieß am Sonnabend im Nordostseekanal unweit der Landwehrfähre der von Brunsbüttel kommende französische Dampfer „Seine" und der westlich fahrende Hamburger Dampfer „Andalusia" zusammen. Die „Seine" soll schwer beschädigt sein und sich in sinkendem Zustand befinden. Der Kanal wurde gesperrt.

Genossenschaften.

Konsumvereine und Brotversorgung. Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg hat in einer dringlichen Eingabe an das Reichsernährungsministerium auf den besorgniserregenden Zustand in der Mehlversorgung der Konsumvereinsbäckerei hingewiesen. Die Mühlen könnten nach Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung in Getreide am 15. Oktober nicht mehr das erforderliche Korn von der Landwirtschaft beziehen, um das notwendige Mehl zu liefern, weil das Getreide zurückgehalten werde, respektive gegen Papiermark nicht zur Ablieferung komme. Dieser Zustand habe sich insbesondere in den letzten sechs Tagen infolge des Währungsverfalls gezeigt. Das Reichsernährungsministerium und auch die Reichsgetreidestelle wurden ersucht, aus den Beständen der letzteren die notwendigen Mengen Korn zur Verfügung zu stellen, damit die Brotversorgung nicht ins Stocken gerät, und weiter dafür zu sorgen, daß den Mühlen von der Landwirtschaft das erforderliche Getreide geliefert wird.

Eine Milliarde Geschäftsanteil. Der rasenden Geldentwertung müssen die Maßnahmen der Konsumgenossenschaften folgen, wenn nicht alle konsumgenossenschaftliche Selbsthilfe und damit auch das Ziel, die genossenschaftliche Bedarfswirtschaft, aufs Spiel gesetzt werden soll. Um die Vermehrung, die schnellste Vermehrung der allernotwendigsten Betriebsmittel besorgt, haben bereits drei Konsumvereine des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine einen Mitgliedergeschäftsanteil von einer Milliarde Mark festgesetzt. Es sind dies die Genossenschaften in Barmen, Rathenow und Schney in Bayern. Andere werden in Ansehung des rapiden, fürchterlichen Markverfalls folgen müssen, wollen sie leben und ihren organisierten Verbrauchern der starke wirtschaftliche Rückhalt jetzt und in Zukunft bleiben.

Theater und Musik.

Stadttheater.

Klarissas halbes Herz, Lustspiel in 3 Akten von Max Brod.

Es ist ernstlich zu hoffen, daß sich die Bühnenkünstlerinnen der Wirklichkeit anders, friedlicher und geruhsamer ausleben, als diese Klarissa Purpus, deren nervöses und nervös machendes Leben doch aus dem bequemen Gesichtswinkel des Spießbürger-Romans gesehen ist. — Max Brod, der mit seinem lesenswerten Buch „Tycho Brahes Weg zu Gott" eine ganz ungewöhnliche Talentprobe gab, hat hier weiter nichts als ein Unterhaltungsstück geschrieben, zugeschnitten auf eine Paraderolle, mit einem schlecht sitzenden dritten Akt. Eine überspannte, hysterische Schauspielerin malträtiert Mann, Liebhaber, Theaterdirektor, — kurz alles, was unter ihre kribbeligen Finger gerät; man lacht kaum, man wundert sich nur — über den Troddel von Ehemann! Im zweiten Akt wirds ernsthaft, da kommen die Herzenstöne — triefender Edelmut, heroische „Entsagung" — das Herz krampft sich in namenloser Spannung. Der letzte Akt hat den Zusammenhang mit den vorhergehenden verloren; eine etwas gequält wirkende Episode muß den Akt füllen und den belanglosen Ausklang dieser Belanglosigkeiten bringen. — Fräul. Natka Wjernik spielte die Hauptrolle mit fast grausamer Eindringlichkeit — die zuckende und zerrende Nervosität übertrug sich geradezu auf die Zuschauer; bis in die Fingerspitzen waren die krausen Launen einer verwöhnten mondänen Dame getroffen; wenn die Darstellerin an solch glitzernden Paradestückchen Genüge hat, so muß jedenfalls ihre Leistung ohne Einschränkung anerkannt werden. Herrn Walter Felsenstein glaubte man den jugendlich feurigen Liebhaber; Herrn Gernots unaufdringliche Komik stärkte den Heiterkeitserfolg nicht unwesentlich. H.

Tiefland, Oper in zwei Aufzügen von Eugen d'Albert. Die von Herrn Kapellmeister Pella schwungvoll und zuverlässig geleitete Tiefland-Aufführung gab Frau Kehrbach in dieser Spielzeit die erste tragende Partie: ihre Martha zeugte von eifrigem Studium und von günstig weiter entwickelten gesanglichen Fähigkeiten; die leidenschaftlich bewegte Darstellung fand den Stil des Werkes recht bühnenwirksam. Den grimmen Sebastiano ließ Herr Prohaska mit robuster Realistik wüten und sterben — die schöne und markige Stimme des Sängers veredelte das Bild dieses Theaterbösewichtes. Den Pedro sang und spielte Herr Heimberg mit guter Wirkung, nicht sehr von der Schablone abweichend, aber überall mit sicherem Geschmack und mit sicherem musikalischen Können. — Die 3 Mägde streiften gelegentlich die Gepflogenheiten der Operette, so willig man ihre mimische Belebung anerkennt. — Das Publikum liebt diese Oper; die eindeutige, dramatisch mitreißende Handlung sicherte der Musik Vorteile, welche diese an sich kaum verdient. H.

An unsere Leser!

Die enorme Markentwertung der letzten Woche mit ihren riesigen Preisstürzen haben bei den meisten deutschen Zeitungen zu Preiserhöhungen geführt, die über das Sechsfache der Vorwoche betrugen. Wir bitten unsere Leser und Inserenten, diese Erhöhungen, als durch die Verhältnisse bedingt, hinnehmen zu wollen und uns die bisher bewahrte Treue auch ferner zu erhalten.

Für die Postbezieher erfolgt im Laufe dieser Woche eine erste Nacherhebung für den Oktobermonat in Höhe von 150 Millionen, da die Postbezugspreise für Oktober, die schon Anfang September haben angegeben werden müssen, inzwischen weit durch die fortschreitende Markentwertung überholt sind.

Verlag des Lübecker Volksboten.

An alle Ortsvereine im Landesteil Lübeck!

Werte Genossen!

Wir berufen zu Sonntag, dem 21. Oktober, vorm. 9¾ Uhr, eine Parteikonferenz nach Bahnhof Gleschendorf (Landhaus) ein.

Tagesordnung:

1. Die politische Lage. Ref. Fr. Hansen-Kiel.
2. Der Stand des Siedlungswesens in Preußen-Deutschland. Ref. Abg. Jürgensen.
3. Verschiedenes.

Es ist Pflicht der Ortsvereine, dahin zu wirken, daß die Konferenz durch starke Delegationen beschickt wird.

Im Auftrage der Gebiets-Bezirksleitung
Fr. Hansen.

7578